STALIN LEBT ! Zum 20. Todestag von Josef Stalin **Seite 8**

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 8 vom 3. März 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

'Höhere Steuern für Grossverdiener'?

Betrugsmanöver der Regierung !

Höhere Steuern für Großverdiener! Mit diesen Schlagzeilen kündigten die Bundesregierung und die bürgerliche Presse die jüngsten Steuererhöhungen an. Hat die SPD nach ihren letzten unverhüllten Angriffen auf die Geldbeutel der Werktätigen jetzt eine Wendung gemacht? Schauen wir uns die Steuererhöhungen einmal an:



Thyssen-Boß Sohl: "Herr Brandt, wie Sie die Steuern für uns eintreiben wollen, alle Achtung!"

1. Erhöhung der Mineralölsteuer. Viele Arbeiter fahren auf Grund der miserablen und teuren Nahverkehrsmittel, in den Industriestädten und Einzugsgebieten mit dem Auto zur Arbeit. Sie wird diese Steuererhöhung voll treffen, sie haben keine Möglichkeit diese höheren Kosten von der Steuer abzusetzen. Anders dagegen für Kapitalisten und Geschäftsreisende, sie können die höheren Benzinpreise als Werbungskosten absetzen.

2. Schuldzinsen können nicht mehr steuerlich abgesetzt werden. Sogar einige Kapitalisten fielen auf die Demagogie der SPD herein und meinten, das könnte ihre Finanzierungsgeschäfte beeinträchtigen. Das Kapitalistenblatt 'Handelsblatt' kann sie beruhigen. "Diese Sorge ist jedoch unbegründet". Kapitalisten können die Zinsen weiter als 'Betriebsausgaben und Werbungskosten' absetzen. Betroffen sind nur die Fälle, in denen aus privaten, sozial aber oft durch Notlage gerechtfertigten Gründen eine Kreditaufnahme erfolgen musste. Hier gibt es fortan keinen Schuldzinsabzug mehr." (Handelsblatt 20.2.73)
So kann der Wirtschaftsverband Teilzahlungsbanken auch triumphierend feststellen, dass er keine Verluste bei seinen Geschäften mit der Notlage grosser Teile werktätiger Massen befürchtet: **"Die Leute, die Geld brauchen, werden sich verschulden, unabhängig davon ob die Schuldzinsen abzugsfähig sind oder nicht."**

3. Die degressive Abschreibung für Wohngebäude ist nicht mehr möglich. "Sie wird Baugesellschaften und Baulöwen treffen" schreibt Bild am Sonntag. Endlich also ein Schlag gegen die Grossverdiener? Bild am Sonntag fährt fort: "Ob sie jedoch ihre neuen Unkosten nun auf die Mieten abwälzen – das steht dahin." Natürlich steht es nicht dahin. **Die Kapitalisten im Baugewerbe werden wie bisher die Wohnungsnot rücksichtslos ausnutzen und einen weiteren Grund anführen, warum sie die Mieten weiter in die Höhe treiben können.**

Bleibt als letztes der besonders "harte Schlag gegen die Grossverdiener" die **einjährige 10 prozentige Stabilitätsabgabe für Leute, die über 100 000 DM verdienen, also hauptsächlich Kapitalisten und Kapitalgesellschaften.** Werden sie diese Steuererhöhungen selbst bezahlen? Wir brauchen hier nicht die ganzen Tricks der Steuerabwälzung darzulegen. Das Ergebnis streiten nicht einmal die Kapitalisten mehr ab. Diese Steuererhöhung wird voll auf die Preise aufgeschlagen. Bild (18.2.) schreibt dazu: "Was freilich den kleinen Mann **nur indirekt** betrifft." Auch dieser 'Angriff auf die Grossverdiener' soll also 'nur indirekt' über noch höhere Preise die werktätigen Massen treffen.
Fassen wir die jüngsten Steuererhöhungen der SPD/FDP-Regierung zusammen: das was als Massnahmen der sozialen Gerechtigkeit angepriesen wird, ist in Wirklichkeit ein weiteres raffiniertes Stück der zusätzlichen Ausplünderung der werktätigen Massen.

TOD DEM ZIONISMUS!

Am Mittwoch, 21. Februar, vollzog sich über der Sinai-Halbinsel kein 'erschütterndes Drama', hier starben 106 Menschen als Opfer kaltblütiger Mordbefehle israelischer Militärs.

Von den Schuldigen hört man es so:
"Die israelischer Regierung drückt tiefstes Bedauern über die Verluste an Menschenleben aus, die durch den Absturz des libyschen Flugzeuges verursacht wurden."

Geht es nicht noch zynischer? Der 'Absturz' der zivilen libyschen Boeing 727 kam doch wohl nicht durch 'Warnschüsse' zustande, wie es Regierungssprecher in Jerusalem erklären wollen. Geraten hochtrainierte Militärpiloten in den Bordkanzeln israelischer Phantom-Jäger in Panik, wenn sie eine harmlose Passagiermaschine sehen? Zuerst einige widersprüchliche Erklärungen, dann die 'amtliche bereinigte Fassung' der israelischen Regierung, erscheinen lachhaft – wenn die Sache nicht bluternst wäre. Da werden Märchen verbreitet, die höchstens in einen James-Bond-Film passen. Da wird von Selbstmordanschlägen palästinensischer Kommandotrupps gefaselt, die "mit Hilfe sprengstoffbeladener Zivilflugzeuge über israelischem Gebiet" verübt werden sollten.

Seite 7
CHINAS HALTUNG ZU PALÄSTINA

Die überlebenden Besatzungsmitglieder der libyschen Maschine wissen nichts von israelischen Funkwarnungen! Steward Jean-Pierre Bourdiat und der libysche Kopilot berichteten von einem Raketenangriff durch zwei israelische Jäger ohne Vorwarnung. Der britische Pilotenverband erklärte das israelische Vorgehen für unentschuldbar nach den Regeln des internationalen Flugwesens.

Inzwischen ist klar geworden, dass der Abschuss der Maschine eine genau überlegte Aktion war. Im Tagesspiegel vom 24. Februar wird der israelische Generalmajor Hod zitiert: Der Schiessbefehl sei "von den zuständigen Stellen des Staates Israel" erteilt worden.

Der brutale Mord an den wehrlosen Passagieren ist nur ein Glied in der Kette der neuesten zionistischen Angriffe auf die arabischen Völker. Zwei Flüchtlingslager der Palästinenser im nördlichen Libanon wurden von israelischen Kommandos angegriffen, 185 Kilometer von der israelischen Grenze entfernt. "Wir haben die Schlafsäle von Palästinensern gesäubert", in diesem 'Heldenton' prahlten die Zionisten von ihrem Überfall.

Es ist bestimmt kein Zufall, wenn die Zionisten gerade jetzt solch brutale Terroraktionen starten. Wir haben alle noch im Ohr, dass Nixon in seiner Antrittsrede davon sprach, dass Amerika sich nun verstärkt der 'Lösung' des Nahost-Konflikts zuwenden will. Das heisst nichts anderes, als dass er nun verstärkt Israel bei seiner Expansionspolitik unterstützen wird. unterstützen

Die Zionisten zeigen, dass sie richtig verstanden haben. Auf der anderen Seite wird die Geschlossenheit des Lagers der arabischen Regierungen und die Kriegsbereitschaft der arabischen Völker für Israel immer bedrohlicher. So hat nun zum Beispiel König Hassan von Marokko angekündigt, mehrere hundert Freiwillige zur Unterstützung syrischer Truppen zu schicken. Hassan hatte sich bisher mehrfach für eine 'friedliche Lösung' ausgesprochen. – Das erkennen auch die israelischen Zionisten.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Zionisten mit ihren Terrorakten die arabischen Regierungen provozieren wollen, um schnell einen Vorwand für einen neuen 'Präventivkrieg' in der Hand zu haben.

Die arabischen Völker brauchen jetzt unsere Solidarität. Entlarven wir die Sympathiepropaganda der bürgerlichen Presse für die israelischen Zionisten. Seien wir wachsam. Halten wir uns bereit, die arabischen Völker und das palästinensische Volk im Falle eines Angriffs der Zionisten tatkräftig zu unterstützen.



AUS DEM INHALT:

12 Jahre für Horst Mahler
Ein Terrorurteil gegen alle Revolutionäre

Wir werden uns nicht beugen !

Zu Beginn des Mahler-Prozesses schrieb der ROTE MORGEN:

"Jetzt haben die Schauprozesse gegen Horst Mahler und andere Mitglieder der RAF begonnen – unter den 'umfangreichsten Sicherheitsvorkehrungen in der Geschichte der Berliner Justiz'. Die Bourgeoisie rasselt mit dem Säbel: Es soll ein Schauprozeß der konterrevolutionären Gewalt gegen die revolutionäre Gewalt inszeniert werden."

Und ein solcher Prozeß wurde es. 12 Jahre für Horst Mahler – die Bourgeoisie weiß warum. Hier ging es nicht um den Nachweis eines bewaffneten Banküberfalls – die Staatsanwaltschaft hat in ihrem Plädoyer den einzigen 'Beweis' für den Bankraub, den Polizeispitzel Ruhland, fallen lassen. 'Beweise lagen nur in einem Punkt vor: Horst Mahler war Mitglied einer Organisation, die die Meinung vertritt, daß das herrschende System der Ausbeutung, der Unterdrückung und des Kriegs nur mit Gewalt, mit bewaffneter Gewalt gestürzt werden kann. Darum ging es in diesem Prozeß, für diese Überzeugung – und nicht für seine Taten – soll Horst Mahler nun für 12 Jahre hinter Gitter.

Jawohl, es ging keineswegs in diesem Prozeß um die putschistischen Anschläge der RAF, um ihre falschen Vorstellungen über den Weg zum bewaffneten Umsturz, um die richtige Taktik bei der Anwendung der Waffengewalt, um die Frage, ob eine isolierte Gruppe von Putschisten oder ob nur die bewaffneten Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse dieses System stürzen kann.

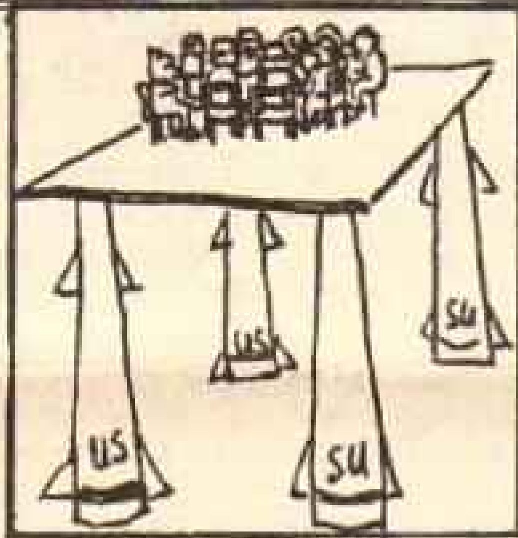


Darum ging es nicht der Bourgeoisie, darum konnte es aus Kommunisten in erster Linie nicht gehen. Die Bourgeoisie fällte mit den 12 Jahren ein Terrorurteil, dass der Arbeiterklasse, allen revolutionären Menschen drohen soll: Wer mit Gewalt gegen dieStaatsgewalt kämpft, wer die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution propagiert, den trifft der ganze Hass der herrschenden Klasse.
Für Kommunisten konnte es bei diesem Prozess in erster Linie nur darum gehen, vor dem Klassenfeind keinen Schritt zurückzuweichen, das Volk gegen diese Einschüchterungen der Bourgeoisie zu wappnen, die Lehre Lenins hoch zu halten: Der herrschenden Gewalt kann nur mit Gewalt begegnet werden, das Proletariat kann nur in der bewaffneten Revolution siegen!
Jawohl Horst Mahler hat kleinbürgerliche, putschistische Ideen, aber er ist ein grosser Revolutionär! Sein mutiges Auftreten vor Gericht, seine Anprangerung des kapitalistischen Ausbeutersystems und des imperialistischen Massenmords, seine schonungslose Enthüllung der bürgerlichen Klassenjustiz, haben auch grosse Teile unseres Volkes aufhorchen lassen. Die Solidarität und Bewunderung aller Menschen, die seinen Hass gegen das herrschende System teilen, gelten Horst Mahler.
Wir betonen nochmals, er steht auf unserer Seite der Barrikade. Wir werden ihn freikämpfen! Nicht durch Gejammer nach den 'demokratischen Rechten', die die Bourgeoisie nun immer offener mit Füssen zertritt. Wir kämpfen ihn in erster Linie frei, durch das geschlossenen Festhalten am revolutionären Klassenkampf, an der Erziehung und Organisierung der Massen im Geiste der gewaltsamen Revolution!

LETZTE MELDUNG

Nach der Verkündung des Terrorurteils demonstrierten insgesamt 4000 Menschen durch die Strassen Westberlins. Im Anschluss kam es überall in der City zu heftigen Strassenschlachten. Die Polizei prügelte, Tränengas wurde eingesetzt.
Während bereits Freitagnacht die Scheiben des Amerikahauses aus Protest gegen die Bombardierung Kambodschas durch die USA-Banditen zu Bruch gingen, flog auch diesmal die Antwort der Demonstranten auf das Terrorurteil in massiver Form durch die Luft.
Ein Rotgardist wurde als Opfer der Polizeischergen in ein Krankenhaus eingeliefert.

Sie reden wieder von 'Abrüstung'!



(aus: 'Zeri i Popullit')

Es wird wieder einmal von 'Abrüstung' geredet. Die sogenannte 'Konferenz über Truppenreduzierung' ist in Wien angelaufen. Ebenso hat in Genf die 585.te Sitzung der 'Abrüstungskonferenz' getagt. Am 12. März beginnen die SALT-Gespräche zwischen Moskau und Washington...

Nur seltsam, welche Zahlen die imperialistischen Friedenstauben in Punkto Abrüstung zu bieten haben: Sofort nach der großen Niederlage in Vietnam gab Nixon seinen neuen Kriegshaushalt bekannt. Die Kriegsausgaben werden um 5,6 Milliarden Dollar auf 85 Milliarden gesteigert! Die englische Regierung erhöht um 5,7% auf 3,365 Mrd. Pfund Sterling im kommenden Haushaltsjahr. Und Bonn, im letzten Jahr bereits an der Spitze im Tempo der Militarisierung, erhöht wiederum über 23% des Bundeshaushalts für Rüstung.

Kein Wunder, dass in der bürgerlichen Presse sehr viel von 'Abrüstung und Entspannung' zu lesen ist. In Wirklichkeit steht bei der sogenannten 'Konferenz über Truppenreduzierung'('MBFR') bereits fest, dass die Frage der Auflösung von Militärstützpunkten der Supermächte in europäischen Staaten gar nicht zur Debatte steht. Dort herrscht die Devise: Für unsere NATO-Truppen in Westdeutschland, Griechenland, Spanien usw. gestatten wir Warschauer-Pakt-Truppen in der DDR, CSR und Polen. Vor allem sollen die Einflusssphären der Supermächte in Mitteleuropa festgelegt und gefestigt werden. Nicht nur die blockfreien, sondern in gewissem Masse auch die kleineren Teilnehmerstaaten von NATO und Warschauer Pakt werden dabei an die Wand gedrückt.

Immer wieder werden die 'hohen Kosten' für Truppen und Rüstung in Europa von den Imperialisten bejammert. Man braucht Geld und Waffen immer dringender zur Niederhaltung der revolutionären Volkskriege an allen Enden des Erdballs. Daher treffen die beiden aggressiven Militärblöcke in Wien auch eine gewisse gegenseitige Abstimmung und Koordination ihrer Kräfte. **Es geht um möglichst billige und einfache Beherrschung der Völker Europas. Keineswegs geht es aber um wirkliche Abrüstung, um wirkliche Verringerung der Kriegsgefahr.**

"Bei der Wideraufnahme der Genfer Abrüstungskonferenz der 25 Nationen haben die Grossmächte, USA und Sowjetunion, ihre seit Jahren unveränderten Standpunkte wiederholt",...so kommentiert die bürgerliche Presse (Tagesspiegel, 18.2.) die Abrüstungsbemühungen der Supermächte. Um so weit zu kommen, hat es seit 1962 immerhin ganze 585 Sitzungen gebraucht. Und um wieviel Milliarden und Abermilliarden an Kriegsmaterialien wurden seit dem in Europa angehäuft?!

Der sowjetische Chefdelegierte in Genf, Roschtaschin, stellte diesmal wieder die hinterlistige Forderung auf, alle Kernwaffenversuche einzustellen. Das richtet sich vor allem gegen die VR China und jene Länder, sie sich von den imperialistischen Erpressern einschüchtern lassen. Gegen die Forderung der VR China, alle Kernwaffen zu **vernichten**, wenden sich dieSupermächte dagegen mit Händen und Füssen.

Von Genf erwartet sich nicht einmal die bürgerliche Presse etwas. Aber bei den SALT-Gesprächen, wo die USA und Sowjetunion miteinander um strategische Waffen, Stützpunkte und Aufmarschpläne verhandeln – dort fallen die wirklichen Entscheidungen, wie z.B. die Frage nach der militärische Aufteilung Asiens, des Mittelmeers, des Nahen Ostens usw.; **Entscheidungen der Supermächte zur Aufteilung und Beherrschung der Welt.**

Das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, 'Zeri i popullit', schreibt:

"Die Erfahrung hat selbst unbestreitbar bewiesen, dass Friede und Sicherheit in Europa und in der Welt nicht in die Hände der US-Imperialisten und sowjetischen Sozialimperialisten gelegt werden kann, die die konterrevolutionärsten und aggressivsten Kräfte unserer Zeit darstellen. Daher kann wirkliche Sicherheit in Europa nicht mit Gesprächen und aufgezogenen Konferenzen, die von den zwei 'Supermächten' organisiert sind, erreicht werden; wirkliche Sicherheit und Abrüstung können nur durch die Anstrengungen aller europäischen, friedliebenden Völker und Länder erkämpft werden. Sie müssen die Sache der Sicherheit und Verteidigung ihrer nationalen Interessen in die eigenen Hände nehmen, ihre nationale Unabhängigkeit und Souveränität verteidigen, die unabhängige Entwicklung und Schutz bewahren. Weder die Illusion über die 'guten Absichten' der 'Supermächte', noch Träume, sie bei solchen Konferenzen unter 'Druck zu setzen', haben Erfolg. Erfolg hat nur die entschiedene Enthüllung und Opposition gegen die imperialistisch-revisionistische Politik; nur der unentwegte Kampf für die Verjagung aller Truppen und Liquidierung aller ausländischen Militärbasen auf ihren Ländern, kann Moskaus und Washingtons aggressive Pläne und Komplotts zunichte machen und die Sicherheit des wirklichen Friedens ermöglichen."

(Bild und Text aus: 'Bundeswehr aktuell', 9/26 Bonn, 7.2.73)

Zufrieden mit Übung „Reforger IV"



Verteidigungsminister Georg Leber zeigte sich befriedigt über die jetzt beendete amerikanische Übung "REFORGER IV". Auf der Bonner Hardthöhe sprach der Minister dem Oberbefehlshaber der US-Heerestruppen in Europa, General Michael S. Davison, im Namen der Bundesregierung hierfür seinen Dank aus (Foto).

Nachrichten

Tirana, 7. Febraur (ATA). In Hanoi wurde eine Vereinbarung kostenloser wirtschaftlicher Hilfe Albaniens an die DR Vietnam und eine Vereinbarung über Warenaustausch und Finanzen zwischen den beiden Ländern für das laufende Jahr unterzeichnet.

Auf albanischer Seite wurde das Abkommen unterschrieben vom Vizeminister für Handel, Zija Rexho, auf vietnamesischer Seite von Nguyen Chang, Vizeminister für Auslandshandel der DRV.

Anschliessend nahm die Wirtschaftsdelegation der albanischen Regierung an einem Empfang teil, der für sie von der Wirtschaftsdelegation der DRV gegeben wurde, und bei dem sie vom Stellvertretenden Präsidenten der DRV, Do Muoi, begrüsst wurden.

Studenten kämpfen gegen faschistisches griechisches Regime

Der Kampf der griechischen Studenten gegen das faschistische Regime weitet sich aus. Anlass der der Kämpfe in den Hochschulen und auf der Strasse ist das Dekret Nr. 1347 der griechischen Regierung, nach dem jeder oppositionelle Studen sofort zur Armee einberufen werden kann. 96 Studenten sind bereits eingezogen worden. Der Protest begann an der technischen Hochschule in Athen, wo die Polizei nach schweren Kämpfne das Gelände räumen konnte. Sofort solidarisierten sich die Studenten anderer Hochschulen. Rund 2 000 Studenten besetzten die rechtswissenschaftlich Fakultät und verbarrikadierten sich gegen die anrückende Polizei. Die Staatsflagge auf dem Dach wurde auf Halbmast gehisst. Die Studenten anderer Städte schlossen sich mit Demonstrationen und Protesten in den Hochschulen an. Die Forderungen sind: Sofortige Aufhebung des Dekrets Nr. 1347, Freilassung der eingezogenen Studenten, Zurückziehung der Staatskommisare von den Hochschulen.

Massendemonstrationen gegen Nixons 'Sparprogramm'

Am 21.2. demonstrierten rund 45 000 Menschen in New York. Die Demonstranten waren aus allen Teilen der USA gekommen, um gegen die zunehmende Ausplünderung durch die Nixon-Regierung zu protestieren. Anlass ist der neue Haushaltsplan" Danach werden die "Verteidigungsausgaben' wieder einmals erhöht – um 4,7 Milliarden DM. Gestrichen werden dafür über hundert Sozialprogramme. Arbeitslosenunterstützung, Wohnungsbeihilfen, Geld für den Krankenhausbau, Beihilfen für die Krankenversicherung für die Rentner und Invaliden zum Beispiel werden jetzt aufgehoben. Gleichzeitig steigen die Preise rapide weiter. Die Steigerung von 1,8% für Nahrungsmittel im Januar ist die höchste Preissteigerung seit 20 Jahren. Über 5 Millionen Amerikaner sind als Arbeitslose registriert. Weitere 5-7 Millionen suchen schon seit Jahren vergeblich nach Arbeit, sie werden gar nicht mehr als Arbeitslose in den amtlichen Registern geführt. Insgesamt kümmern in den USA 35 Millionen Menschen unter dem sogar von der Regierung festgesetzten Existenzminimum dahin. Für sie wird damit der Kampf gegen die Nixon-Regierung immer mehr zum Kampf um das nackte Leben.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 46420 – 435 (G. Schubert).

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

SIEG DER HOESCHARBEITER

Zurücknahme der fristlosen Kündigungen!

3 Tage lang standen die Hoesch-Arbeiter im Kampf für 14 Pfennig Lohnerhöhung. "Und wenn ich den Kitt von den Fenstern essen müßte, ich hätte noch mindestens 1 Woche durchgehalten." Das war die Meinung der meisten Kollegen, als die Vertrauenskörperleitung den Streik am Samstag, den 10.2. ergebnislos abbrach. Nicht die Kollegen waren streikmüde und uneinig, wie es die Presse, die IGM-Führung und die D'K'P verbreiteten. Die Gewerkschaftsbonzen und die Vertrauensleute-Leitung haben den Kampf verraten. Sie mißbrauchten die Streikleitung und ließen die Arbeiter ohne Führung.

Die Streikleitung lag fest in der Hand der D'K'P. Diese Verräter hatten sich an die Spitze des spontanen Streiks gestellt, um ihn nach den Weisungen von Loderer und Co. abzuwürgen. Ihr zynischer Kommentar zum Streikabbruch: "Kampfmassnahmen der Belegschaft stärken Verhandlungspolitik des Betriebsrats".

Nach dieser Niederlage der Arbeiter fühlten sich die Hoesch-Kapitalisten stark: 1 Woche nach dem Streikabbruch kündigten sie 6 Kollegen fristlos, 2 Betriebsräten drohte ein Arbeitsgerichtsprozess. Aber die Herren hatten sich verrechnet. Die Arbeiter gaben sich nicht geschlagen. Ihre Kampfentschlossenheit zwang die IGM-Führung und Kapitalisten zur Zurücknahme der fristlosen Kündigung.

Schon einmal, 1969, ist von Hoesch ein "Flächenbrand" ausgegangen. Von überall trafen sofort nach der Nachricht von den Entlassungen Solidaritätsadressen ein. Die Jugendvertretung der Gerresheimer Glas AG hatte bereits "weitere Solidaritätsmassnahmen" angedroht.

Die 'Stählerne Faust', Betriebszeitung der KPD/ML bei Hoesch, schreibt in einem Extrablatt: "Die IGM-Führung gibt die Wiedereinstellung als ihren Erfolg aus. Aber das ist eine Lüge. Die IGM-Führung hat unseren Streik nicht legalisiert, sondern verraten! Die IGM-Führung hat sich nicht mit den 8 Kollegen solidarisiert, sondern sie sogar angegriffen: Die Entlassungen seien zurecht geschehen. Aus "übergeordneten Gesichtspunkten" war sie gegen die Entlassungen. Was diese Gesichtspunkte sind, hat IGM-Bonze Judith deutlich gesagt: Durch die Einigung ist weitere Unruhe, das heisst Streik, verhindert worden. Über den Streik hätten sich wieder ein paar Gruppen gefreut, sagte er, nämlich "die links von der DKP". Das zeigt die Angst der Bonzen vor dem Klassenkampf und den Kampforganisationen der Arbeiterklasse, der KPD/ML und der Gewerkschaftsopposition..."

"Kollegen! Unsere Solidarität gilt allen 8 Enlassenen gegen den Ausschlusterror der Kapitalisten. Aber wir müssen klar zwischen ihnen unterscheiden: Die Betriebsräte Meyerling und Wolf sind Verräter an unserem Streik. Sie geben es auch offen zu: Wir haben uns an die Spitze gestellt, um Ausschreitungen zu verhindern wie 69 (westf. Rundschau 20.2.). Sie geben zu, dass sie sich an die Spitze des Phönix-Zuges setzten, um die Kollegen zu spalten und nicht zur Westfalenhütte zu führen. Betriebsrat Wolf rühmt sich sogar, die Polizei gerufen zu haben. VK-Sprecher Borchert jammert, Ich habe doch zur Beendigung des Streiks aufgerufen! Kollegen, das ist keine Taktik! Das ist die verräterrische Politik der D'K'P und ihrer Nachbeter..."

Für die Rettung ihrer Leute mobilisierte die D'K'P so allerlei. Aber die verteidigt die IGM-Führung, die uns verrät. Sie baut auf die bürgerliche Klassenjustiz, die nur Recht für die Kapitalistenklasse spricht. Auf die Arbeiter hat sie nicht vertraut. Sie hat sie nicht zum Streik aufgerufen.

Nicht alle Entlassenen haben den Streik verraten. Einige von ihnen stehen nach wie vor zum Streik. Betriebsrat und IGM-Führung werden die Kollegen jetzt unter Druck setzen. Sie sollen versprechen – nie wieder wilder Streik. Die Gefolgleute der D'K'P sind schon wieder zu Kreuze gekrochen. Andere Kollegen werden sich nicht den Mund verbieten lassen. Sie haben keine Zugeständnisse gemacht. Sie haben gelernt, zwischen Feind und Freund besser zu unterscheiden.



ITALIEN: TURINER ARBEITER DEMONSTRIEREN GEGEN RATIONALISIERUNG UND POLIZEITERROR.

Die Hoesch-Arbeiter werden aus diesen Kämpfen lernen. Loderer droht vor wilden Streiks im Herbst. Aber die Preistreiberei wird derart beschleunigt, dass es wohl nicht mehr lange dauert, bis der Tariffrieden durchbrochen wird. Dann muss der Streik in den Händen der Arbeiter selbst liegen. Ein Instrument zur Führung der kommenden Streikkämpfe ist die Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IGM bei Hoesch. Nur organisiert kann der Kampf erfolgreich sein. Deshalb müssen alle klassenkämpferischen Arbeiter sich in der Gewerkschaftsopposition organisieren.

Bonze Judith vom IGM-Vorstand will "Ruhe und Ordnung" (wie er sagte) langfristig sichern. Die Mitbestimmung dürfe keinen Schaden erleiden. Was er meint, sind die Mitbestimmungsillusionen bei vielen Kollegen. Die sollen im Kapitalisteninteresse erhalten bleiben. Das sind die Kampfmittel der herrschenden Klasse: Illusionen von der Sozialpartnerschaft verbreiten – und wenn das nichts hilft, mit Terror arbeiten – vom Rausschmiss klassenkämpferischer Kollegen bis zum Eisatz des Bundesgrenzschutzes.



Die Kollegen vom Baugewerbe stehen im Lohnkampf. Sie werden ihn wie die Kollegen der anderen Branchen gegen die Kapitalisten und gegen die Gewerkschaftsbonzen führen müssen. Bevor irgendeine Forderung von den Bauarbeitern aufgestellt war, trafen sich die IG BSE-Führer mit den Kapitalisten. 'Der Grundstein' (Zeitung der IG BSE) schreibt: "Die Tarifvertragsparteien behandelten zunächst die wirtschaftliche Situation des Baugewerbes hinsichtlich der Auftragslage ... und alle weiteren für die neue Lohngestaltung wichtigen Fragen." (Nr. 2/73). Diese Verhandlungen wurden abgebrochen und auf den 8./9. März vertagt. Was bei dieser Art 'Lohngestaltung' herauskommen soll, kann man sich vorstellen: Das alte Lohndiktat von höchstens 8.5%.

Als Bonbon, das über diesen Lohnraub hinwegtrösten soll, preisen Baukapitalisten und IG BSE-Führer jetzt die Einführung eines Wintergeldes, von 2 DM pro Stunde an. Was davon zu halten ist, schreibt uns ein Bauarbeiter:

Zuckerbrot und Peitsche für die Bauarbeiter, Extraprofite für die Bauunternehmer!'

Mit der Einführung eines Wintergeldes in Höhe von 2 DM für jede geleistete Arbeitsstunde versucht man, die Arbeit auf dem Bau schmackhaft zu machen. Wie sieht es aber mit dieser neuen 'finanziellen Verbesserung' des Bauarbeiters in Wirklichkeit aus?

Erstmal bekommt der Bauarbeiter die 2 DM pro Stunde nur vom 15. 12. bis 24. 12. und in der Zeit vom 2. 1. bis 15. 3. Die Zeiten vom 1. 11. bis 15. 12. und vom 15. 3. bis 31.3., die nach dem Gesetz auch als Schlechtwetterzeit gelten, wurden bei der Änderung des Gesetzes nicht berücksichtigt. Weiter: Der Arbeiter erhält die 2 DM auch für seine Überstunden. Diese Überstunden aber werden ihm auf das zu erhaltende Schlechtwettergeld angerechnet, und das immer in einem Zeitraum von vier Wochen. Das heisst: Hat ein Kollege in den ersten drei Wochen 20 Überstunden gemacht und in der vierten Woche fällt die Arbeit wegen Frost aus, so erhält er nur für 20 Stunden Schlechtwettergeld. Bei 40 Überstunden gar nichts mehr. Ausserdem wird das Schlechtwettergeld nicht in der Höhe des ausgefallenen Lohnes, sondern des Kurzarbeitergeldes gezahlt. Dazu kommt noch, dass der Zuschuss, der bisher für Winterschutzkleidung gezahlt wurde, jetzt auch wegfällt.

Ganz anders die Winterhilfe für die Unternehmer. (Nach dem Arbeitsförderungsgesetz). Sie bekommen Zuschüsse für den Erwerb oder die Miete von Geräten und Einrichtungen, die für die Durchführung von Bauarbeiten in der Schlechtwetterzeit zusätzlich erforderlich sind.

Aber sie bekommen nicht nur das Material halb geschenkt, sondern nach Paragraph 78 dieses sauberen Gesetzes bekommen die Unternehmer auch noch 'Unterstützung' für die Arbeit, die die Bauarbeiter in der Schlechtwetterzeit leisten:

"Gefördert werden die auf der Baustelle von Betrieben des Baugewerbes verrichteten Bauarbeiten, sofern die Bauarbeiter, die Baustelle, das Bauwerk und die Baumaterialien ... ausreichend geschützt sind, so dass die Bauarbeiten in der Förderungszeit auch bei ungünstiger Witterung durchgeführt werden können. Den auf der Baustelle zu verrichtenden Bauarbeiten stehen die Bauarbeiten gleich, die auf einer in der Nähe der Baustelle gelegenen und dieser zugeordneten Arbeitsstelle für die Baustelle verrichtet werden."

Das bedeutet pro Arbeitsstunde z.B. im Hochbau 1.50 DM (für den Rohbau) und 0.60 DM für den Ausbau; im Tiefbau für die Herstellung von Versorgungsleitungen im Rahmen der Erschliessungsarbeiten im Strassenbau 2.70 DM.

Die Bundesanstalt für Arbeitsförderung gibt für den Bau einer Winterhalle 50-60% als verlorenen Zuschuss, den Rest als Darlehen. Das Darlehen kann der Unternehmer von der Steuer absetzen und hat damit die Halle praktisch umsonst. Für die in der Halle geleisteten Arbeitsstunden erhält er obendrein noch einmal Geld.

Für die Arbeiter wird um 2 DM, von denen hinterher doch nichts mehr überbleibt, ein grosses Trara gemacht; die 'Sozialleistungen' für die Unternehmer werden schamhaft verschwiegen.

KLASSE GEGEN KLASSE



Forderungen der Gewerkschaftsführer bei Druck, Chemie und Textil

Die Führer der IG Druck und Papier haben jetzt ihre Forderungen genannt: 13% linear. Dagegen stehen die Forderungen der Kollegen von 40 oder 50 DM mehr pro Woche.

Lohnforderungen von 11,5% nennt die Grosse Tarifkommission der IG Chemie in Nordrhein. Gleichzeitig wurde eine Mindestforderung von 67 Pfg. aufgestellt. 15% forderte dagegen die V-Leuteversammlung von BASF und anderen Betrieben.

Die Führer der DGB-Gewerkschaft Textil liegen mit ihrer Forderung von 10% noch näher am Kompromiss auf der Lohnleitlinie zwischen 8 und 9 Prozent.

Die Führer der IG BSE dagegen hüllen sich immer noch in Schweigen. Einzelne Ortsgruppen haben ihre Forderungen von 15% aufgestellt.

Streik bei Hoogovens

Bei Hogoovens in Holland traten am 21.3. einige tausend Arbeiter in den Streik. Bestreikt wurden die zentralen Punkte des Werks. Sämtliche sieben Hochöfen sind gelöscht. Die Forderung der Gewerkschaft an die Unternehmer ist: 465 hfl mehr pro Jahr; ausserdem eine Teuerungszulage von 250 hfl für jedes Prozent, um das die Preise steigen. Ein Kompromissvorschlag der Kapitalisten wurde abgelehnt, der Streik ging weiter. Die Gewerkschaftsführer sprechen im Moment davon, dass Streiks in ganz Holland organisiert werden sollen.

Die Streiks bei Hoesch in Dortmund und Hogoovens in Holland zeigen, dass der 'Aufbruch nach Europa', auf dem der Hoesch-Hogoovens-Zusammenschluss ein Meilenstein sein sollte, auf den Widerstand der Arbeiter in Holland, wie in Westdeutschland trifft. Hier wie dort heisst die Antwort auf Lohnraub und Rationalisierungsterror: Alle Räder stehen still, wenn der Arbeiter es will.

Lehrerstreik in Italien

Am 20.2.73 traten die Lehrer Italiens in einen Schwerpunktstreik. Am nächsten Tag blieben auch tausende von Schülern und Studenten den Lehrveranstaltungen fern. Der Streik richtete sich gegen die Unterdrückungspolitik der Andreotti-Regierung. In Rom und in Mailand formierten sich Protestveranstaltungen von mehreren tausend Lehrern, Schülern und Studenten, denen sich auch Arbeiter aus den Betrieben anschlossen.

Thyssen-Rheinstahl-Fusion :
MEHR STAHL FÜR MEHR WAFFEN

Der Handel ist perfekt: Der Thyssenkonzern hat sich nun auch die Rheistahlwerke einverleibt und ist damit zum viertgrössten Stahlkonzern in der Welt geworden. Mit 17 Milliarden DM Jahresumsatzerlös, mit einer Belegschaft von rund 160 000 Arbeitern ist dieser Konzern grösser und mächtiger als die berüchtigten Vereinigten Stahlwerke.

Während sogar die liberale bürgerliche Presse besorgt fragt, ob da jetzt nicht zu viel Macht in einer Hand konzentriert sei, finden die IGM-Bonzen nur lobende Worte für diesen Zusammenschluss. Arbeitsdirektor Poth von Rheinstahl: 'Dadurch werden die Arbeitsplätze von Rheinstahl sicherer'. Auch Georg Benz von der IG Metall (stellvertretender Aufsichtsrat bei Rheinstahl) sieht nichts als neue 'optimale Möglichkeiten' für die Arbeiter.

Thyssen-Chef Sohl selbst straft sie Lügen: offen wird gesagt, dass es bei dem Zusammenschluss erstrangig um 'Wirtschaftlichkeit' gehe. Schon jetzt ist sicher, dass die Warmblechwalzstrasse in Krefeld stillgelegt wird, auch im Hattinger Werk von Rheinsthal stehen Entlassungen vor der Tür. Insgesamt ist geplant, die Stahlerzeugung bei Rheinstahl auf Sparflamme zu drehen.

Aber nicht nur da, wo es um die Sicherung der Arbeitsplätze geht, sprechen die Bonzen die Sprache des Kapitals. Schliesslich ist Thyssen nicht irgendwer. **Die Familie Thyssen, wie die gesamten Vereinigten Stahlwerke, sind mit Blutspuren in die Erinnerung der deutschen Arbeiterklasse geschrieben. Sie waren es, die in Hitler den richtigen Mann erkannten (und bezahlten), der ihr Programm der Expansion und der blutigen Niederschlagung der Arbeiterbewegung ausführen sollten. Sie waren es, die Millionen Menschen in den Tod trieben, um sich an immer höheren Gewinnen berauschen zu können.**

Bestrafung der Kriegsverbrecher hiess es dann im Potsdamer Abkommen; Entflechtung der grossen Konzerne der Thyssen, Krupp und Mannesmann. Aber die Kanonenkönige sassen mit Hilfe der Westmächte bald wieder im Sattel. Entflechtung gab es nur auf dem Papier. Die Hände, die die Profitpeitsche über der Arbeiterklasse schwangen, waren die gleichen geblieben.

Und heute? Die Entwicklung des Thyssen-Konzerns zeigt, dass die ganze Entflechtungsmasche nur dazu geführt hat, dass die alten Kriegsverbrecher heute – mächtiger als je zuvor – wieder dastehen. Und mit genau den gleichen Zielen. Denn nicht zufällig soll die Weiterverarbeitung bei Rheinstahl gefördert werden. Hier gab es in den letzten Jahren einen Produktionszweig, der einen riesigen Aufschwung nahm: die Rüstung. So stieg allein von 1970 auf 1971 der Umsatz bei der Rüstungsproduktion von 43 auf 96 Millionen DM. Und der Umsatz wird weiter steigen, wie Kriegsminister Schmidt 1971 ankündigte. Die gesamte technische Ausrüstung der Bundeswehr soll umgekrempelt werden. Dass der erweiterte Thyssenkonzern dabei nicht zu kurz kommt, dafür sorgt zum Beispiel Toni Schmücker, Vertreter im rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis in Bonn.

Monopolbildung durch Aufkauf von anderen Werken, wie bei Rheinstahl oder durch Verträge über Zusammenarbeit, wie 1968 mit Mannesmann über die Röhrenproduktion, das ist das Konzept für Westdeutschland. Gleichzeitig werden über Investitionen im Ausland, zuerst vorrangig im EWG-Raum, die Fäden der Macht weiter gespannt. So hat Thyssen kurz vor der Fusion mit Rheinstahl bedeutende Anteile am französischen Stahlwerk Fos in der Nähe vom Marseille aufgekauft. Mit Subventionen des französischen Staates von 2,65 Mrd Franc soll hier ein neues Stahlwerk gebaut werden. Diese Fusion, wie auch die Fusion von Hoesch–Hogoovens zeigen, auf welchen Kurs die Weichen der westdeutschen Imperialisten gestellt sind:

Auf eine 'europäische Gemeinschaft' unter der Knute der westdeutschen Monopole als erstem Schritt zu einem erneuten Marsch zum 'Platz an der Sonne'.

Gleichzeitig geht der Weg nach Osten. Die Gründung der Mannesmann Röhrenwerke als gemeinsame Gesellschaft von Thyssen und Mannesmann geschah so gerade rechtzeitig für das erste grosse Ostgeschäft: die Röhrenlieferung an die Sowjetunion.

Auf dem Hintergrund dieser zielbewussten Machtausdehnung der alten Kriegsverbrecher nehmen sich die heftigen Diskussionen über Fusionskontrollen wahrhaft lächerlich aus. Zumal es für die gesamte Montanindustrie, für Fusionen mit ausländischen Konzernen sowieso nicht gilt. Aber auch bei den Fällen, wo es wirksam werden soll, kann sein breitmaschiges Netz von Ausnahmen wie wirtschaftliche Notwendigkeit, Rentabilität usw. den wahren Zweck dieses Gesetzes nur äusserst dürftig verdecken: Und der ist, wie bei dem Entflechtungsrummel auch:
freie Bahn den Monopolen.

Wahlgemeinschaft der Volksbetrüger

In Frankreich und in Chile herrschen zwei kapitalistische Ausbeuterklassen, auch wenn von einem unterschiedlichen Charakter. In Frankreich herrscht eine imperialistische Monopolbourgeoisie, in Chile eine – gegenüber dem Imperialismus recht schwankende – nationale Bourgeoisie. Beide Bourgeoisien haben aber ein gemeinsames Problem: Die zunehmende Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in ihren Ländern. Beide Ausbeuterstaaten schreiten daher zu Wahlen, die eine Probe aufs Exempel sein sollen. Angetreten sind in Frankreich wie in Chile die 'Linksparteien' – ein Bündnis von Reformisten und Revisionisten* – gegen die sogenannten 'reaktionären Parteien'. Vorgegaukelt werden soll dem Volk ein friedlicher Übergang zum Sozialismus, die Zurückdrängung der Kapitalistenherrschaft nach dem Sieg der 'Linksparteien'. Der Zweck von dem Ganzen ist in beiden Fällen, die Herrschaft der Ausbeuterklassen zu festigen, die revolutionäre Massenbewegung vom Sturz des Ausbeuterstaates abzuhalten und mit Illusionen an das parlamentarische Wahltheater zu fesseln.

Ob diese angeblichen 'Arbeiterparteien' in Frankreich und Chile nun in den Wahlen der nächsten Woche an die Regierung gelangen oder nicht – die Absicht der Bourgeoisie sollen sie in jedem Falle erfüllen: Illusionen über den Charakter des Staates zu verbreiten; die Arbeiterbewegung vom revolutionären Weg abzulenken hin zu den Wahlurnen des bürgerlichen Parlamentsschwindels.

Diese Illusionen sollen auch in der westdeutschen Arbeiterklasse verbreitet werden. Märchen über eine angebliche Kapitalflucht aus Frankreich, Lobreden der Revisionisten über die 'Aktionseinheit der Linkskräfte' sollen zukünftige Aktionseinheiten zwischen 'linker' SPD und D'K'P auch bei uns schmackhaft machen.

Brandt selbst hat im Hinblick auf die französischen Wahlen erklärt, dass für die westdeutsche Sozialdemokratie im Unterschied zur französischen keine Aktionseinheit mit Kommunisten in Frage käme. Das zeigt, wie weit der Verrottungsprozess der deutschen Sozialdemokratie fortgeschritten ist; sie kann aufgrund ihres offen bürgerlichen Charakters nicht mehr als 'systemüberwindende Partei' auftreten, um zusammen mit der 'systemüberwindenden' D'K'P das Volk zu betrügen. Das sagt aber noch nicht, dass die reformistisch-revisionistische Aktionseinheit bei uns nicht auftreten wird. Sie tritt bereits gegenwärtig immer häufiger auf, in der Vorbereitung zum 1 Mai, zu den Weltjugendfestspielen, auf den Universitäten, überall da, wo zum Schaden der Arbeiter- und Jugendbewegung ihre Rolle als Abwiegler einsetzen muss. Lernen wir daher aus dem grossangelegten Volksbetrug in Frankreich und Chile.

Das gemeinsame Programm von Reformisten und Revisionisten :
EIN KAPITALISTISCHES PROGRAMM

(gekürzte Übersetzung nach Humanite Rouge Nr. 171, 4.1.1973, Paris)

"Wenn man den Unterzeichern des GemeinsamenProgramms Glauben schenken darf, würde dessen Durchführung den Weg zum Sozialismus öffnen. Und man muss tatsächlich feststellen, dass ein gewisser Teil der Arbeiter guten Glaubens darauf hineinfällt."

"Das wird uns einige Schritte vorwärts zum Sozialismus bringen", hört man sagen.

...Alle sind sich einig, dass Frankreich heute im Stadium des staatsmonopolistischen Kapitalismus steht. Die Unterzeicher des Gemeinsamen Programms sagen uns, dass es nötig wäre eine Etappe zu durch laufen, die sie einmal **'fortgeschrittene Demokratie'** nennen, ein anderes Mal die **'wirtschaftliche und politische Demokratie'**. Schön. Nur zeigt sich, dass eine solche Behauptung im völligen Gegensatz zu dem steht, was Lenin uns gelehrt hat. Er schrieb im September 1917:

" ...der staatsmonopolistische Kapitalismus (ist) die vollständigste materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine Vorstufe, jene Stufe der historischen Stufenleiter, deren nächste Stufe – **eine Zwischenstufe gibt es nicht** – Sozialismus genannt wird." **

Das Gemeinsame Programm will die Verfassung aufrecht erhalten, die nach dem Staatsstreich vom 13. Mai 1958 entstand.

Muss man sich daran erinnern, dass 1958 die 'K'PF dazu aufrief, mit NEIN gegen die Gaullistische Verfassung zu stimmen? Muss man daran erinnern, dass die 'K'PF jahrelang die Abschaffung der Verfassung gefordert hat?

"...die Verfassung von1958 ist ein Werkzeug, sie ist der Freibrief der französischen Bankiers. Heute haben die Monopole eine saubere Textgrundlage..." ('K'PF 1964)

"...Selbst in dem Falle, dass die Person wechselt, während die Verfassung bleibt, bleibt die Sache der Volkssouveränität ein Betrug." ('K'PF 1964)

Muss mann daran erinnern, dass die Sozialisten zu den Redakteuren dieser Verfassung zählen. Dass Guy Mollet (ein Sozialisten–Chef) der erste Ratspräsident unter de Gaule war? Und die Sozialisten 1958 natürlich aufriefen, mit JA zur Verfassung zu stimmen?"

(Im Folgenden eine Zusammenfassung des Artikels durch den RM):

– die 'Linkseinheit' ist in einer prekären Lage. Einerseits stellen sie sich mit beiden Beinen auf die Verfassung. Andererseits hat Pompidou laut dieser Verfassung als Präsident das Recht, den Notstand auszurufen und das Parlament aufzulösen;

– 'K'PF-Chef Marchais gibt bekannt, dass "Pompidou Klugheit beweisen werde" und dies im Zweifelsfalle nicht tun würde;

– Pompidou öffnet also selbst den 'Weg zum Sozialismus'.

Wie soll das Volk die Macht im Staat laut Revisionistenprogramm ausüben? Durch

"Wirkliche Mitbestimmung" oder auch **"die demokratische Mitbestimmung der Bürger wird gesichert durch die regelmässige Konsultierung der repräsentativen Vereinigungen aller Kategorien von Einwohnern und Benutzern, einschliesslich der Ausländer unter noch zu bestimmenden Bedingungen."**

'Konsultierung'? – in einem Wort: Macht immer nur Vorschläge, entscheiden werdet ihr doch nicht.

'Repräsentative Vereinigungen' der Bevölkerung – damit sind wohl die Gewerkschaften – genauer, die Kapitalistenknechte in der Gewerkschaftsführung und ähnliche 'Arbeitnehmervertreter' gemeint.

Aber auch da will man sich nicht festlegen. Deshalb heisst es zum Schluss: "Unter noch zu bestimmenden Bedingungen

Da treffen doch haargenau Lenins Worte über die bürgerliche Demokratie zu:

" ... eng, beschränkt, unwahr, heuchlerisch, ein Paradies für die Reichen, ein Betrug und eine Falle für die Ausgebeuteten, für die Armen."

Beibehaltung der bewaffneten Banden des Kapitals

"Der Staat ist nichts anderes als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und das ebenso in der demokratischen Republik wie in der Monarchie", sagte Engels. Um diese Unterdrückung zu sichern, verfügt die Bourgeoisie insbesonders über die Polizei und die Armee, die Lenin **"die bewaff-**

Fortsetzung Seite 5

Revisionistisches

'Wenn ein Kommunist dem Staate dienen will'

Der sogenannte "Extremistenerlass" über die Ablehnung "Radikaler" für die Beschäftigung im öffentlichen Dienst traf bisher neben Marxisten–Leninisten und anderen fortschrittlichen Menschen auch Mitglieder der D'K' P und des M S B–Spartakus (Studentenorganisation der D'K' P). Dieser Erlass soll bald 'aufgelockert' werden, jedenfalls soweit, dass die Mitglieder der D'K' P davon nicht mehr betroffen werden. Die Süddeutsche Zeitung schreibt dazu unter der Überschrift: "Wenn ein Kommunist dem Staate dienen will..."

"Schwierig wird die Durchführung des Erlasses durch die geschickte Art, in der sich die Betroffenen verteidigen. Die Mitglieder der DKP – die in ihrem Programm ohnehin ängstlich auf Legalität bedacht ist – bekennen sich zu einem verfassungstreuen Marxismus, der es ihnen erlaubt sich zu Begriffen wie 'Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Mehrparteienprinzip' zu bekennen. Unter 'Revolution' sagt Claudia Eisingers Rechtsanwalt Schmitt-Lermann (Claudia Eisinger ist Mitglied der DKP und hat gegen ihre Ablehnung Berufung einglegt) verstehe seine Mandantin die 'Sozialisierung im Sinne des Grundgesetzes' und insoweit sei sie sich 'mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie' völlig einig'.

Verständlich, dass sich bei soviel Loyalität in der Bourgeoisie jetzt die Stimmen mehren, die die D'K' P praktisch von dem Extremistenerlass ausnehmen wollen.

Nach einer neuen Regelung soll die Mitgliedschaft zur D'K' P für eine Ablehnung nicht genügen. Der Abgelehnte soll die Möglichkeit erhalten, seine Verfassungstreue zu beweisen. Das wird vielen D'K' P–Mitgliedern nicht schwerfallen. Schmitt–Lermann in der Süddeutschen: Auch bei Kandidaturen für kommunale Wahlämter müsse nach bayrischem Recht geprüft werden, ob der Bewerber für die "freiheitlich–demokratische Grundordnung eintrete, und das sei schliesslich bei allen DKP–Kandidaten schon hundertmal bejaht worden."

Wenn also ein 'Kommunist' dem Staate dienen will, richtig: wenn also ein Kommunist nur noch dem Namen nach etwas mit Kommunismus zu tun hat, dann darf er 'von Staats wegen' auch 'seinen Kommunismus'', sprich Revisionismus in der Schule verbreiten. Hoffentlich geht jetzt so manchem D'K' P–Genossen bei soviel Verständnis von Seiten der Bourgeoisie für den 'verfassungstreuen Marxismus' ein Licht auf: Die D'K' P ist staatserhaltend.

Privatwirtschaft blüht auf!

Die albanische Nachrichtenagentur ATA berichtet, dass im letzten Jahr in den revisionistischen Ländern ein rapides Anwachsen des privaten Sektors der Wirtschaft zu beobachten war.

Durch neue Gesetze und verschiedene Verwaltungsmassnahmen des Staates wird die Privatwirtschaft gefördert. In Polen wurde zu diesem Zweck ein neues Ministerium geschaffen, das die 160 000 Privatunternehmen fördert. Auch in der DDR wurde der Privatsektor ausgeweitet. Mehr als 700 000 Arbeiter werden hier von der neuen Bourgeoisie ausgebeutet. Eine Form der Förderung der neuen Kapitalisten sind die halbstaatlichen Unternhemen, deren Kapitaleinlagen zur Hälfte in Privatbesitz sind. Allein in der DDR arbeiten mehr als 400 000 Arbeiter in solchen Unternehmen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Vertreter des ZK besucht Botschaft der DRV

Eine Vertreterin des Zentrakomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten traf in der vergangenen Woche mit dem 2. Sekretär der Botschaft der DRV in Ostberlin, Genossen Bui Tru, zusammen. Das Gespräch fand in einer herzlichen, brüderlichen Atmosphäre statt.

Die Genossin übergab eine Solidaritätsspende für den Wiederaufbau des vom Aggressionskrieg der US-Imperialisten geschundenen und zerstörten Vietnam. Sie beglückwünschte das vietnamesische Volk im Namen der Partei zu den grossen Siegen, die es in seinem jahrzehntelangen Volkskrieg gegen die Imperialisten errungen hat. Der grausamste Terror, hat das vietnamesische Volk nicht bezwungen, er hat seinen Kampfgeist nur erhöht. Das vietnamesische Volk hat durch seinen hartnäckigen Widerstand die US-Imperialisten gezwungen, das 9-Punkte-Abkommen von Paris zu unterschreiben und das Land zu verlassen. Das war ein grossartiger Sieg, der allen Völkern der Welt zeigt, dass auch der bis an die Zähne bewaffnete Feind den Willen eines Volkes nicht brechen kann. Dieses Abkommen hat gezeigt, dass der Imperialismus nur durch den bewaffneten Kampf des Volkes zu besiegen ist, und nicht freiwillig zu Zugeständnissen bereit ist.

Der vietnamesische Genosse betonte, dass sein Volk sich strikt an das Abkommen halten wird, dass aber die US-Imperialisten und ihre Marionette Thieu alles versuchen werden, um zum Schaden des Volkes das Abkommen zu brechen. Das vietnamesische Volk wird darum in seiner Wachsamkeit nicht nachlassen und weiter für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und die Einheit Vietnams kämpfen. Trotz Unterzeichnung des Abkommens durch die Saigoner Verwaltung Thieu, versucht diese immer wieder, die befreiten Gebiete anzugreifen.

Die provisorische Revolutionsregierung Südvietnams wird nicht akzeptiert. Die politischen Gefangenen werden entgegen den Vereinbarungen des Abkommens nicht freigelassen. So bleibt nichts unversucht, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes zu verhindern. Der Kampf des vietnamesischen Volkes ist also nicht zu Ende. Das vietnamesische Volk braucht also weiterhin die Unterstützung der Weltöffentlichkeit für die Durchsetzung seiner Rechte, für den Wiederaufbau seines Landes.

Die vietnamesischen Genossen baten unsere Partei, nicht nachzulassen in der Unterstützung des vietnamesischen Volkes, die Bevölkerung von Westdeutschland und Westberlin zu informieren, Aktionen und Spendensammlungen durchzuführen.

Wir werden alles tun, um dem vietnamesischen Volk und der Partei der Werktätigen Vietnams bei der Durchsetzung ihrer Ziele behilflich zu sein.

Die vietnamesischen Arbeiter müssen wieder bei Tageslicht arbeiten können, sie müssen neue Fabriken über der Erde aufbauen können. Die Verwundeten müssen Krankenhäuser bekommen, denn die US-Imperialisten haben die Krankenhäuser zerbombt. Die Familien müssen aus ihren Höhlen wieder in menschenwürdige Häuser kommen. Die gequälten vietnamesischen Kinder müssen Kindergärten und Schulen erhalten. **Zeigen wir, dass die internationale Solidarität stärker ist als die Zerstörungswut des US-Imperialismus.**

Wir möchten es nicht versäumen, den Freunden, die Spenden an den Roten Morgen überwiesen haben, den Dank und die Freude der vietnamesischen Genossen zu übermitteln.

Die KPD/ML wird in den nächsten Wochen in ganz Westdeutschland und Westberlin eine Solidaritätskampagne für das vietnamesische Volk durchführen. Das Präsidium der KPD/ML wird dazu einen Aufruf im Roten Morgen veröffentlichen.


Befreiungskämpfer Süd-Vietnams – Bereit, bis zum siegreichen Ende durchzustehen



Das faschistische Regime Griechenlands gerät in eine zunehmende Krise. Trotz Terror, Verhaftung und Folter kämpfen die Studenten Athens gegen die Einberufung streikenden Studenten ins Militär.

BANGLA DESH: Die Ratten fliehen

Vor etwas über einem Jahr feierte Scheich Mujibur Rahman mit seiner Awami-Liga die 'Unabhängigkeit' Ostbengalens. Dieses Ereignis wurde von der imperialistischen und revisionistischen Presse auf der ganzen Welt als 'Befreiung' bezeichnet. Diese 'Befreiung' wurde durch die indischen Aggressoren mit Hilfe sowjetischer Waffen (im Werte von Milliarden Rubel) vollzogen. Unter Mithilfe und Duldung der anderen Supermacht, der USA, entstand der Staat 'Bangla Desh'.

Seitdem die indischen Truppen die westpakistanischen Besatzer aus Ostbengalen vertrieben, erkennt dort das Volk, dass ihnen jetzt noch schlimmere Blutsauger im Nacken sitzen. Während die herrschende Klasse Pakistans gegenüber den Supermächten eine Politik der Unabhängigkeit vertritt, liefern die indischen Aggressoren und ihr Kompagnon, Scheich Mujibur Rahman, 'Land und Volk der Willkür des Imperialismus aus. Zurecht versagen daher die Pakistanische Regierung und andere anti-imperialistische Staaten (wie auch die VR China) dem Regime in Dacca die Anerkennung. Mit übelster Erpressung versuchen die indischen Reaktionäre, die ständigen Rückenschutz aus Moskau erhalten, Pakistan zur Anerkennung des Marionettenstaates 'Bangla Desh' zu zwingen. So erklärte jetzt der indische Staatspräsident Giri in Neu Dehli, dass die Anerkennung 'Bangla Deshs' durch Pakistan Voraussetzung für die Rückkehr der seit einem Jahr gefangen gehaltenen 90000 pakistanischen Soldaten sei.

Seit über einem Jahr herrschen nun die angeblichen 'Befreier' unter Mujibur Rahmann in 'Bangla Desh'. Selbst die bürgerliche Presse muss zugeben, dass das Volk bereits jede Geduld mit diesem Regime verloren hat. "Das erbitterte Volk nennt nun die Awami-Liga eine Vereinigung von Dieben" (Nouvel Observateur). "Eine neue Form der Ausbeutung" (Le Monde Diplomatique), ... "Mit der weiteren Erhöhung der Preise sind die Bauern noch übler dran als vorher" (Revue Afrique-Asie).

Die Ausbeutung des bengalischen Volkes auf Kosten der indischen und ostbengalischen Grossgrundbesitzer, Scheichs und Kapitalisten geht ins Grenzenlose. So wurden vor allem die Preise für Grundnahrungsmittel verdoppelt; ein Sack Reis ist von 15 auf 70 Taka gestiegen. Die Grundnahrungsmittel und sogar Arzneimittel werden verfälscht (der Reis z.B. enthält 25% Abfallstoffe.).

Das Volk Ostbengalens ist ständig vom Hungertod bedroht. Das durchschnittliche Monatseinkommen eines Bauern beträgt 50 Taka, während eine 6-köpfige Familie allein 270 Taka zum Überleben braucht. b

Währenddessen überqueren die Lastwagen der Awami-Liga die Grenze mit tausenden von Tonnen Reis und Jute. Der Markt Calcuttas (Indien) wird reichlich mit Waren beliefert, die die Bevölkerung Ostbengalens dringend braucht. Den gleichen Weg gehen übrigens auch die internationalen Hilfslieferungen für 'Bangla Desh'. Auch sie landen auf dem Markt Calcuttas; die Kasse teilt sich die Awami-Liga mit ihren indischen Partnern.

Mit faschistischem Terror hält sich die Awami-Liga noch am Ruder. Morde und Verstümmelungen an aufständischen Bengalen durch die Armee und die paramilitärischen Banden der Awami-Liga, die sogenannten 'Lal Bakini', sind an der Tagesordnung.

Aber die Bauern haben nicht alle ihre Waffen zurückgegeben, so wie es die Revisionisten ihnen rieten. 1500 Awami-Banditen mussten bereits daran glauben. Die Bauern vereinigen sich immer mehr mit den revolutionären Kräften Ostbengalens unter Führung der Kommunistischen Partei Ostpakistans / Marxisten-Leninisten und ihrem Vorsitzenden Mohammed Toha.

Das Feuer der Volksrevolution fegt über Ostbengalen. Die Villen der Feudalen und der ostbengalischen Bourgeoisie stehen zum Verkauf. Sie wissen, dass das bengalische Volk nach all den Massakern nur noch einen Blutzoll zu bezahlen bereit ist: Im siegreichen Volkskrieg für ein unabhängiges freies Bengalen.

Wahlgemeinschaft...
Fortsetzung von Seite 4

neten Banden des Kapitals" nannte. Die Arbeiter konnten sich oft genug davon überzeugen.

Was sieht das Gemeinsame Programm zu diesem Thema vor?

Es sieht vor, die Polizei mit **der Nation zu versöhnen'**, sie **'die Achtung der Bürger'** wiederfinden zu lassen. Und weiter: **'Die Regierung wird auf die uneingeschränkte Loyalität der Offiziere und Unteroffiziere zählen.'** – die gleiche Armee, die sich bei den Maiunruhen von 1968 als letzte Stütze des Regimes erwiesen hat.

Die konterrevolutionären Banden des Kapitals sollen nach Auffassung der französischen 'Kommunisten' und Sozialisten bleiben. Gleichzeitig heisst es:

'Die Bewegungen, die bewaffnete Gewalt anwenden, oder dazu aufrufen, sie anzuwenden, werden gemäss der Gesetzgebung von 1936 verboten.'

Pompidou hat erst gar nicht auf das Gemeinsame Programm gewartet, als am 13. Juni 1968 der Ministerrat die Kommunistische Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten sowie andere Organisationen verbot. Die Revisionisten der KPF sollten dann auch Marx, Engels und Lenin verbieten, die erklärt haben:

'Die proletarische Revolution ist unmöglich ohne die gewaltsame Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschinerie...'

Das Gemeinsame Programm der Sozialisten und Revisionisten enthält ferner:

- **kein Austritt aus der NATO**
- **dem zionistischen Erobererstaat wird das Recht auf Existenz bescheinigt.**
- **Beteiligung an der EWG, dem gemeinsamen kapitalistischen Markt.**
- **es wird von 'allgemeiner Abrüstung' gesprochen. Aber kein Wort vom Abzug der französischen Kolonialtruppen aus Guyane, Martinique und Reunion.**
- **keine Auflösung der französischen Militärstützpunkte im Ausland.**
- **es ist keine Rede von der Anerkennung der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams.**

Zu diesem Programm des Volksbetruges und des vollständigen Entlarvung der modernen Revisionisten sagt die Humanite Rouge:

'Das Gemeinsame Programm stellt den Versuch dar, den Wunsch der Arbeiter nach Veränderung im Rahmen der bürgerlichen Legalität einzufrieren. Die Macht der Monopole wird in keiner Weise in Frage gestellt" Es gibt vor, den 'Weg des Sozialismus zu eröffnen', aber sieht nicht einmal die Abschaffung der Verfassung der V. Republik vor, die gemacht wurde, um, koste es, was es wolle, die Macht der Monopole aufrecht zu erhalten. Es lässt alle Staatsorgane unangetastet, wie z.B. die Polizei, die nur zur Sicherung der Herrschaft der Bourgeoisie da ist. Das Gemeinsame Programm richtet sich gegen jede wirkliche Veränderung, die einzig möglicher nämlich revolutionären Veränderungen. **Das Gemeinsame Programm öffnet nicht nur nicht den Weg zum Sozialismus, es stellt sich der proletarischen Revolution entgegen. Es ist eine Sackgasse für die Arbeiter.'**

* Die modernen Revisionisten sind in ihren Worten auch Reformisten, sie unterscheiden sich lediglich von den Reformisten durch das marxistisch-leninistischen Mäntelchen, das sie sich umhängen.

** Der Kapitalismus kann nur durch den Sozialismus über die proletarische Revolution abgelöst werden.

Hört die revolutionären Sender!

RADIO TIRANA 23.00 - 23.30 41 und 50 Meter, 215 Meter

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter 215 Meter
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 400 khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING
19.00 - 19.30
21.00 - 22.00
immer: 43.7, 42.8 und 26.2 Meter

Weg mit dem Stufenplan!

DIE "MODERNE ZUKUNFTSORIENTIERTE" BERUFSAUSBILDUNG: DIE STUFENAUSBILDUNG UND WAS DAHINTER STECKT!

Ausgeheckt wurde er im Auftrag des Konzern-und Finanzherren Krupp. Dort wurde der Stufenplan auch zuerst praktiziert. Die Lehrlingsausbildung wurde in 4 Stufen gegliedert, jede ein Jahr lang, am Ende jeweils eine Prüfung. Die 1. Stufe entspricht dem angelernten Arbeiter, die 2. dem 'Werker', die dritte dem eigentlichen Facharbeiter und die 4. dem Techniker. Allerdings erreichen nur ca. 6% diese Stufe. Für ca. 50% endet die Ausbildung nach 2 Jahren.

1969 wurde der Stufenplan ins Berufsbildungsgesetz aufgenommen, was Krupp begonnen hat, wird der Staat der Kapitalisten vollenden. Die Kapitalisten übergeben Teile der Berufsausbildung dem Staatsapparat. Das hat für sie 2 Vorteile: die Kosten werden durch Steuern auf die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen abgewälzt. Zum anderen kann die zentralisierte Ausbildung besser auf die Interessen der Grosskapitalisten abgestimmt werden.

So planen die Kapitalisten zusammen mit Staat und DGB-Apparat die Einrichtung eines 'vollzeitschulischen Berufsbildungsjahres'. Wie das in der Praxis aussehen wird, kann man schon heute bei den Krupp-Werken sehen. Im Dezember 72 war die Einführung des Stufenplans durch die Kapitalisten, die SPD-Regierung und die DGB-Bonzen in der Elektroindustrie in aller Heimlichkeit vor sich gegangen.

Dabei wurde allerdings die 1. Stufe gestrichen, die 1. Prüfung soll erst nach 2 Jahren stattfinden. Krupp schuf schnell Ersatz: er richtete Förderlehrgänge ein: Jugendliche ohne Schulabschluss dürfen die schwerste und dreckigste Maloche machen, nach einem Jahr wird ein kleiner Teil als Lehrling übernommen (das eine Jahr wird nicht angerechnet), der Rest wird als angelernter Hilfsarbeiter angestellt. Bezahlt werden die Jugendlichen durch das Arbeitsamt, also vor allem aus unseren Lohngroschen. Die Höhe des Lohnes richtet sich nach dem Einkommen der Eltern, es liegt zwischen 50 und 200 DM. Und den Reibach streicht Krupp ein.

Das ist der wahre Grund, wenn die Grosskapitalisten die Berufsausbildung Stück für Stück ihrem Staatsapparat übertragen.

Die Kapitalisten, die entsprechenden Organe des Staates und die DGB-Bonzen wollen uns einreden, der Stufenplan sei nur zu unserem Besten. Sie versprechen uns das Blaue vom Himmel herunter: "Grössere fachliche Beweglichkeit, intensive Ausbildung in kurzer Zeit, Eintritt in die betriebliche Berufswelt als Fachmann, grössere Aufstiegschancen — mehr Geld und Geltung."

Der Stufenplan: Teil der Rationalisierungswelle!



Das ist der reinste Hohn! Wir haben den letzten Rest der 'Freiheit der Berufswahl' verloren, genausowenig haben wir zu entscheiden, ob wir überhaupt einen gelernten Beruf haben werden. Das Beispiel eines Essener Krupplehrlings, der Starkstromelektriker werden wollte und dem nach 6 Wochen gesagt wurde, er müsse Dreher werden, ist nur ein Fall unter Tausenden.

Was steckt hinter diesem Stufenplan?

Mehr Maschinen, weniger Lohn und mehr Schinderei — so versuchen die Kapitalisten immer weiter die Profite zu erhöhen. Der einzelne Kapitalist verdient am meisten, wenn er möglichst wenige Facharbeiter bezahlen muss und dafür angelernte und Hilfsarbeiter einstellen kann. Je kürzer die Ausbildung, desto weniger Lohn! Wieso stellen die Kapitalisten dann nicht gleich weniger Lehrlinge ein, wenn sie weniger Facharbeiter wollen?

Ein junger Hilfsarbeiter bekommt mit 18 Jahren Brutto 600-700 DM, ein Lehrling selten mehr als 400 DM. Das bedeutet für die Kapitalisten wieder mehr Profit. Der Stufenplan bringt aber nicht nur für die direkt betroffenen weniger Lohn, sondern für alle. Die 'Stufenplänler' werden als Lohndrücker eingesetzt.

Stufenplan heißt: Verschärfte politische Unterdrückung!

Durch die vielen Prüfungen steigt der Leistungsdruck in der Ausbildung erheblich. Man muss ständig büffeln und ackern, um durchzukommen. Und wer sich bei den Bossen nicht 'Liebkind' macht, steht sowieso schlecht.

In den einzelnen Lehrjahren, in den Stufen, soll ein Kampf um das Vorwärtskommen entstehen. Jeder gegen jeden. Das ist der Wunsch der Kapitalisten. Und die einzelnen Stufen sollen auch gegeneinander ausgespielt werden. Sie werden bereits in der Ausbildung unterschiedlich bezahlt, jeder Stufe soll eingeredet werden, sie sei etwas besseres als die niederen. Der Zweck ist klar: Wer untereinander konkurriert, kämpft nicht zusammen. So sol l der gemeins

nicht zusammen. So soll der gemeinsame Kampf von vorneherein verhindert werden.

Stufenplan heißt: Spaltung der Arbeiterjugend

Ihn lassen die Bosse irgendwann durch die Prüfung sausen! Das wird natürlich in erster Linie gegen fortschrittliche und kommunistische Kollegen angewendet werden.

Mit der Einführung des Stufenplanes wird die Verbindung zwischen Kapitalisten und Berufsschule immer enger werden. Dann ist die Kontrolle noch vollständiger!

Nieder mit dem Stufenplan!

Der Kampf gegen den Stufenplan muss zusammen mit den älteren Kollegen gegen den Rationalisierungsterror geführt werden. Unsere Kampfmittel reichen von Unterschriftensammlungen im Betrieb, über Demonstrationen und Prüfungsboykotts bis hin zum Streik. Auch wenn die Kapitalisten **diesmal** noch stärker sein sollten, werden wir den Stufenplann nicht hinnehmen. Der Kampf geht weiter!

Manche unser Kollegen glauben noch, dass die SDAJ, die Jugendorganisation der D'K'P, unsere Kampforganisation ist. Was sagen die SDAJ-Häuptlinge zum Stufenplan? Meistens gar nichts! Sie faseln irgend etwas davon, die Ausbildung aus den Händen der Kapitalisten zu nehmen! Sie fordern zentrale und staatliche Lehrwerkstätten! Sie fordern, dass wir vom Staat der Kapitalisten ausgebildet werden! Wenn die Kapitalisten ihrem Staat immer mehr die Berufsausbildung übertragen, fordert die SDAJ staatliche Ausbildung! Einen besseren Helfer können sich die Konzern- und Finanzherren nicht wünschen! Drum:

Jungarbeiter und Lehrlinge, organisiert Euch in der ROTEN GARDE!

Mit freundlicher Genehmigung der Provisorischen Bundesleitung des KJVD drucken wir folgenden Artikel aus dem 'Kampf der Arbeiterjugend', dem Zentralorgan des KJVD, ab. Die Genossen des KJVD sind aufgerufen, sich mit allen Kräften für die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML einzusetzen, Schritte zu einer Vereinigung mit der Jugendorganisation der KPD/ML, ROTE GARDE, aufzunehmen. (Siehe gemeinsames Kommunique von PBL des KJVD und KPD/ML im RM Nr. 7). Auch untenstehender Beitrag des KDAJ zeigt, dass in solchen grundlegenden Fragen wie dem modernen Revisionismus weitgehende Einheit besteht. Kämpfen wir gemeinsam zur weiteren Klärung noch strittiger Fragen!

"Der folgende Leserbrief erschien schon vor längerer Zeit, am 22.3.1972. im 'Öffentlichen Anzeiger' von Bad Kreuznach. Auch wenn er etwas spät kommt: Wir meinen, dass der Leser K.H. nicht ohne Antwort bleiben sollte!

"BEIM NAMEN NENNEN"

Thema Linksradikalismus

"Sollte man nicht das Kind beim Namen nennen, anstatt den Sammelbegriff 'Linksradikalismus' in dei Welt zu setzen? In der Bundesrepublik gibt es solche Grüppchen, die, politisch unterentwikkelt, sich zum 'Linksradikalismus' bekennen. Wer sind solche Leute, die individuellen Terror predigen, mit Morddrohungen Staat und Gesellschaft verändren wollen? Auch die Anhänger von Mao haben solche Pläne. Sie propagieren den Volkskrieg. Der Sozialismus, wie sie vorgeben, soll durch Gewehrläufe verkündet werden. Die Gefahr eines Atomkrieges verharmlosen diese Bösewichte, als seien Wasserstoffbomben nur 'Papiertiger' usw. Es ist ein schauriges Spiel, gemessen an den Opfern des II.Weltkrieges. Jeder vernunftbegabte deutsche Mensch, der seine Heimat und sein Leben liebt, sollte aufstehen, diesen Scharlatanen, die so mit dem Feuer spielen, entgegen! treten. Es ist eine Politik des Verbrechens und hier sollte von Staatswegen dieser Wühlarbeit Einhalt geboten werden. Wir wollen keinen Volkskrieg der Maoisten und ähnlicher Ganoven. Es muss einmal offen gesagt werden, dass die junge DKP auf das Entschiedenste den Linksradikalismus ablehnt und sich zum Grundgesetz laut ihren Beschlüssen und Erklärungen, bekannt hat. Daher nicht alle in einen Pott."

KOMMENTAR DER KDAJ-REDAKTION

Recht so, lieber Leserbriefschreiber: Man muss die Dinge beim Namen nennen! Das ist Dir auch gut gelungen. Wir wissen jetzt noch besser, was wir von der 'jungen DKP' zu halten haben, die so "aufs Entschiedenste den Linksradikalismus ablehnt" und wirklich alles tut, "dass von Staats wegen der Wühlarbeit solcher 'Radikalinskis' Einhalt geboten wird."

Die Gefahr eines Atomkrieges verharmlosen — das würde der DKP und ihren Freunden und Herren in Moskau tatsächlich nie einfallen. Vielmehr vergiessen sie darüber viele Krokodilstränen und sind sehr für Abrüstung und Atomwaffenstopp.

So wie sie sich, das vorstellen, haben sie selbst auch gar nichts zu befürchten. Denn die Herren im Kreml und ihre Bundesgenossen in Washington sollen ja die Atombomben und Raketen behalten dürfen, die sie in Massen angehäuft haben, und die um ein Vielfaches ausreichen, um die Welt in Schutt und Asche zu legen. Nur andere Länder, wie etwa die Volksrepublik China, sollen keine Atomwaffen bauen dürfen, mit denen sie der Bedrohung durch die US-Imperialisten und sowjetischen Sozialimperialisten entgegentreten können. Die Revisionisten finden nur die Atombombe böse, die den kleinen Ländern und den sozialistischen Staaten gehören. Denn dann könnten sie ihre eigenen ja nicht mehr so leicht benutzen, die kleinen Länder zu erpressen und ihnen ihren Willen aufzuzwingen und um so schnell wie möglich die VR China auszulöschen. Ja, welche Unverschämtheit ist es doch, dass die VR China dafür eintritt, dass alle Atomwaffen auf der Welt sofort und ganz und gar vernichtet werden.

So weit, lieber H.K., ist es also mit der Friedensliebe deiner revisionistischen Kumpane nicht. Nur den Volkskrieg, den würden sie niemals propagieren. Schliesslich haben sie überhaupt kein Interesse daran, dass die von den Imperialisten gewaltsam unterdrückten Völker und Klassen zu den Gewehren greifen und ihre Unterdrücker verjagen. Lieber sollen sie dulden oder höchstens mit den imperialistischen Schlächtern verhandeln und sie darum bitten, doch lieber freiwillig mit der Ausplünderung und Unterdrückung aufzuhören.

Kein Wunder, schliesslich geht es ja auch den Sozialimperialisten selbst ans Leder. Wo es denen nämlich um den Profit geht, da gelten ihre schönen Worte um die Solidarität der Völker nichts. Und sie plündern, die mit ihnen 'brüderlich verbundenen Völker' nach Strich und Faden aus. Die Menschen in Polen, der CSSR usw. können ein Lied davon singen. Die polnischen Arbeiter haben schon die Antwort darauf gegeben.

Fortsetzung auf Seite 7



Wollt ihr wieder fallen, damit die Aktien steigen?!

Krieg dem imperialistischen Krieg!

DRILL UND SCHLIFF

BERICHT AUS DER BUNDESWEHR

In unserer Kompanie gibt es beim U.v.D. (Unteroffizier vom Dienst) eine Kladde. Darauf steht: "Erzieherische Massnahmen. Rekruten... Kompanie." Als ich Bereitschaft hatte, blätterte ich diese Kladde durch. Sie war gefüllt von Strafmassnahmen gegen Soldaten, die die Bundeswehrordnung an einer Stelle durchbrochen hatten. Sie zeigte den immer grösseren Widerstand gegen Schliff und Drill der zum Wehrdienst gepressten Soldaten. Hier einige Beispiele:

Der III. Zug (also ca. 40 Soldaten!) lernte trotz Befehl nicht das (militaristische) Lied: 'Wildgänse rauschen durch die Nacht'. Erzieherische Massnahme: Am Samstag (wenn die anderen freies Wochenende haben) von 14-15 Uhr Lernen des Marschliedes 'Wildgänse...'

"Flieger... fiel im Gelände durch unrasiertes Gesicht auf. Auf meine Frage wieso, antwortete er, er habe Grundtarnung angelegt. Strafe: Meldung beim U.v.D. eine Woche lang um 5 Uhr 30 (also eine halbe Stunde vor Wecken, rasiert."

Ein anderer Flieger sagte, er habe keine Zeit zum Rasieren gehabt. 'Erzieherische Massnahme': Um 5 Uhr Aufstehen, um genug Zeit zum Rasieren zu haben. Um 5 Uhr 30 Vorzeigen des Gesichts beim U.v.D.

Da immer mehr Soldaten einfach erst nach Zapfenstreich zur Kaserne zurückkommen (gerade am Wochenende) sind gerade die Strafen gegen Zuspätkommen rigoros: Soldaten, die 4 Minuten bis eine halbe Stunde zu spät zur Kaserne zurückgekehrt waren, erhielten 3 Tage lang (hintereinander!) Extrabereitschaft aufgebrummt (d.h. 3mal 24-Stunden-Dienst).

WIDERWILLEN GEGEN MILITARISMUS IN ZAHLEN

Eine erste, spontane Form der Verweigerung des 'Dienstes' für die Militaristen besteht im 'unerlaubten Fernbleiben von der Truppe'. Die Tendenz ist hier eindeutig: 1970 'entwichen' 7621 Soldaten vom Dienst; 1971 waren es schon 9800; 1972 steigerte sich die Zahl auf 11200. In einzelnen Divisionen stieg die Zahl fast um 80%.

"ROTATIONSAUSWEISUNG"

Anfang Februar machte der Selbstmord einer Jugoslavin, die abgeschoben werden sollte, Schlagzeilen in den bürgerlichen Zeitungen. Ljubica Skledar hatte versäumt ihre Aufenthaltsgenehmigung verlängern zu lassen.'Im öffentlichen Interesse' verfügte die bürgerliche Klassenjustiz ihre "sofortige zwangsweise Entfernung". Auf Betreiben der Stadt Köln wurde sie ausserdem inhaftiert und in den 'Klingelpütz' gesperrt. Sie bat um Gnade, flehte darum, die Ausweisung zu befristen, damit sie später einmal wieder zurückkehren könne. Es half nichts. Aus Verzweiflung beging sie Selbstmord.

Die bürgerliche Presse behandelte diesen Fall als einen tragischen Einzelfall, tragisch, weil "Recht Recht bleiben muss, auch wenn dieses Recht im Einzelfall Unrecht bedeutet". Dieser Fall ist aber im Gegenteil ein ganz gewöhnlicher Fall in Westdeutschland:

In einem Bericht des nordrheinwestfälischen Justizministers Posser über die Überfüllung der Haftanstalten wird ganz beiläufig erwähnt, dass seit 1969 die Zahl der 'Abschiebehäftlinge' von 40 pro Tag auf 130 gestiegen ist.

Von diesen 'Abschiebehäftlingen' ist nur ein kleiner Teil ohne Aufenthaltsgenehmigung. Viele werden wegen 'Störung des Betriebsfriedens', längerer Krankheiten und ähnlicher Gründe abgeschoben.

Besonders grosse Angst hat die Bourgeoisie vor der Kampfbereitschaft der ausländischen Arbeiter. Bei allen 'wilden Streiks' in der letzten Zeit standen die ausländischen Kollegen mit an vorderster Front, Seite an Seite mit ihren deutschen Kollegen. Um ein dauerndes Kampfbündnis zu verhindern, hat nun die bayrische Regierung Pläne für eine 'Rotationsausweisung' vorgelegt. Danach sollen "Gastarbeiter nach einer gewissen Zeit massenweise abgeschoben und durch neue ersetzt werden."

Diesen Spaltungsplänen müssen wir die solidarische Kampffront deutscher und ausländischer Arbeiter entgegenhalten.

SCHLUSS MIT DER ABSCHIEBUNG AUSLÄNDISCHER KOLLEGEN!
DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER – EINE KAMPFFRONT!



Über 100 000 Menschen demonstrierten am 3.Februar in Mailand gegen die Mordkommandos der italienischen Polizei, die den Kommunisten Franceschi erschossen hatten.

Freispruch

für die angeklagten Schüler!

Wie wir im Roten Morgen Nr. 24, Dez. 72 berichteten, sollten Schüler Mitglieder der ehemaligen Roten Zelle Wiesloch, vor Gericht gezerrt werden, weil sie Flugblätter mit der Stellungsnahme der KPD/ML zum Terrorismus verteilt hatten. Am 13. Febraur sollte nun der Prozesstermin stattfinden. Genossen der Roten Garde Wiesloch berichteten uns, wie sie den Kampf gegen die Klassenjustiz führen:



Kundgebung der ROTEN GARDE und anderer junger Kommunisten aus Wiesloch vor dem dortigen Amtsgericht

Wir bereiteten eine breite Kampagne gegen den Prozess vor. In einer Aktionseinheit mit anderen Gruppen machten wir Flugblätter, die wir an der Schule und in der Stadt verteilten. Nachts machten wir eine Plakatklebe- und Pinselaktion. Wir forderten 'Freispruch für die zwei Angeklagten' und 'öffentliche Verhandlung am Nachmittag um 15 Uhr'Die Klassenjustiz hatte den Prozess morgens um 10 Uhr angekündigt, damit sie heimlich still und leise die Schüler verurteilen können. Dem musste ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. Die beiden Angeklagten schrieben einen offenen Brief an den Amtsrichter Föhrenbach. Wir druckten den Brief und verteilten ihn als Flugblatt in der Stadt.

In diesem Brief heisst es: 'Sie haben den Termin des Prozesses gegen uns auf Dienstag! morgen 10 Uhr angesetzt. Sie haben sich vielleicht nichts weiter dabei gedacht. Aber uns passt dieser Termin nicht. Darum werden wir auch nicht kommen. Wir werden ihn verschieben. Der Prozess wird um 15 Uhr stattfinden oder gar nicht. Und zwar öffentlich! – – – Wir wollen, dass viele Menschen den Prozessverlauf mitkriegen und erkennen, dass hier ein Gesinnungsprozess geführt werden soll....'

Nachmittags um 15 Uhr versammelten sich etwa 70 Jugendliche vor dem Amtsgericht Wiesloch. Über Megaphon erklärten wir den Charakter dieses Prozesses.

Der Prozess fand nicht statt. Der Prozesstermin wurde auf Dienstag 27.2. morgens 9 Uhr verschoben. Auch das werden wir uns nicht gefallen lassen. Inzwischen hat sich der Aktionseinheit für den Freispruch der zwei Angeklagten noch eine weitere Gruppe angeschlossen. Hier beweist sich, was Genosse Mao Tsetung gesagt hat: Wer eine gerechte Sache vertritt, der wird breite Unterstützung finden.

* Letzte Meldung: Der Prozess wurde ein weiteres Mal verschoben!

FREIHEIT FÜR DIE ANGEKLAGTEN WIESLOCHER SCHÜLER!

Fortsetzung von Seite 6

"Beim Namen nennen"

Die Sozialimperialisten sind auch gar nicht gegen alle kriegerischen Auseinandersetzungen: An Indien haben sie Waffen geliefert, mit denen dieses Pakistan angegriffen und 'Bangla Desh befreit' haben. Mehr und bessere Waffen übrigens, als sie an das vietnamesische Volk für teure Kredite verkauft haben. Dafür steht jetzt ein Grossteil der indischen Wirtschaft unter sowjetischer Kontrolle.

Ja, was sind das doch für Scharlatane, die sagen, dass auch in Westdeutschland die Arbeiter und Werktätigen, sich Frieden und Freiheit nur durch den gewaltsamen Sturz der herrschenden Ausbeuterordnung erkämpfen können. Sind die hervorragend ausgerüstete Bundeswehr, die Notstandstruppe Bundesgrenzschutz, die auf 'Terroristen'verfolgung gedrillten Polizeikräfte nur dazu da, um das Vaterland zu verteidigen, durch Abschreckung den Frieden zu sichern, sind sie nur dazu da, dem Volk ein geordnetes und gesichertes Dasein zu ermöglichen? Oder sind sie die stärkste Waffe in der Hand der Herrschenden, um das System der Ausbeutung und Unterdrückung, die Macht einer Handvoll von Monopolherren über die werktätigen Massen bis zuletzt aufrechtzuerhalten!

Die DKP schlägt uns (natürlich nicht im Ernst) vor, die Macht der Monopolherren einfach zurückzudrängen, indem alle zusammenhalten und bei den Wahlen die richtige Partei wählen. Dann soll uns die 'antimonopolistische Demokratie' beschert werden.

Es tut uns leid, lieber H.K., es bleibt so: Der Sozialismus, in dem die Arbeiterklasse die Macht hat, wächst aus den Gewehrläufen.

In einem wenigstens sind wir uns aber völlig einig. Die KPD/ML und die DKP gehören nicht in einen Pott. Zwischen denen, die auf der Seite der Arbeiterklasse stehen und denen, die auf der Seite des Imperialismus stehen, gibt es keine Gemeinsamkeiten.

Zum Schluß: Das 'K' in D K P setzen wir wieder besser in Anführungszeichen."

Chinas Haltung unverändert

Interview

mit dem Leiter der Mission der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Peking

Die sowjetischen Revisionisten verstärken in der letzten Zeit ihre verleumderischen Angriffe gegen die Aussenpolitik der Volksrepublik China. Das hat seine Gründe. Seitdem die Tschiang-Kai-Tschek-Clique aus den Vereinten Nationen vertrieben wurde und die VR China als einziger rechtmässiger Vertreter Chinas ihren geraubten Platz in der UNO einnahm, nutzt die VR China auch diese neue Tribüne, um die kolonialistische und neokolonialistische Politik der Supermächte zu entlarven und die Rechte der unterdrückten und ausgebeuteten Völker zu verteidigen. Die Kremlzaren werden dabei immer mehr in die Enge getrieben, immer mehr Länder und Völker der 'Dritten Welt' durchschauen den 'internationalistischen' Tarnmantel der sowjetischen Revisionisten und erteilen ihnen eine kräftige Abfuhr. Die VR China dagegen gewinnt durch ihre feste solidarische Haltung und ihre selbstlose Hilfe die Freundschaft und Sympathie dieser Länder und Völker.

Diese Entwicklung bestätigt ein Interview des Kairoer Senders 'Stimme Palästinas' mit dem Leiter der Mission der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Peking, Abu Ar-Raid Munir Hammud, das am 15. Januar ausgestrahlt wurde. Wir geben Auszüge aus diesem Interview wieder.

"Frage: Gewisse Leute, die Verwirrung stiften wollen, streuen Gerüchte aus, dass sich die Haltung der VR China gegenüber der Sache der palästinensischen Revolution seit deren Eintritt in die Vereinten Nationen verändert hat. Was ist ihre Meinung zu diesen Gerüchten, Genosse Abu Ar-Raid?

Antwort: ...Wie sie wissen ist die palästinensischen Revolution ein Kampf zwischen dem Guten und Bösen, Gerechtigkeit und Unterdrückung, zwischen dem Volk und seinen Feinden, wie den Zionisten, Imperialisten und auch den feigen und opportunistischen Kräften. Es ist klar, dass die psychologische Kriegsführung heute eine wichtige Stellugn in diesem Kampf einnimmt. Die konterrevolutionären Kräfte versuchen durch diese Gerüchte das palästinensische Volk zu verwirren und von seinen wahren Freunden zu trennen.

In Wahrheit ist die Haltung des chinesischen Volkes und seiner Regierung unverändert, ja die Unterstützung des Kampfes unseres Volkes und unserer Revolution wurde sogar verstärkt. Wollte man alle Beweise für die unveränderliche Haltung Chinas aufzählen, so würde man dafür mehrere Stunden brauchen. Ich möchte einige Beispiele herausgreifen. Da ist die erste Rede, welche der chinesische Delegierte vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen bei der ersten Zusammenkunft dieser Versammlung im Jahre 1971 hielt. In dieser Rede sprach der chinesische Delegierte ausführlich über die Palästinafrage ...

Ich möchte noch ein weiteres Beispiel anführen. Sie werde sich an die hinterhältigen Winkelzüge des US-Aussenministers Rogers erinnern, als er unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus über die UNO versuchte die Befreiungsbewegungen zu zerschlagen. China nahm zu dieser Angelegenheit, als sie der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorgelegt wurde, eine unerschütterliche und standfeste Haltung ein. China kämpfte mit allem Nachdruck gegen jegliche politischen Angriffe oder Intrigen, die auf eine Unterwerfung der Befreiungsbewegungen in der Welt, oder auf eine Schädigung der bewaffneten Revolution des palästinensischen Volkes abzielten ...

Ich möchte an dieser Stelle bekräftigen, dass sich Chinas Haltung gegenüber der palästinensischen Revolution in einer Hinsicht tatsächlich verändert hat. Sie hat sich, seit die VR China ihren rechtmässigen Platz im Rednerforum der Vereinten Nationen eingenommen hat in positiver Weise geändert, insofern als Chinas Haltung mehr Gewicht bekommen hat, einflussreicher geworden ist.

Frage: Könnten sie, Genosse Abu Ar-Raid, nachdem sie die unveränliche Haltung der VR China dargelegt haben, die ja auch im Bericht des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation an den palästinensischen Nationalrat lobend hervorgehoben worden ist, einige Tatsachen anführen, die die Unterstützung der Sache unseres Volkes von Seiten der VR China verdeutlichen.

Antwort: Ich möchte sie daran erinnern, dass sie beim Besuch der Stützpunkte oder der Ausbildungslager der palästinensischen Kämpfer feststellen werden, dass die Gewehre in China hergestellt sind und die Kämpfer zu einem Teil ihre Ausbildung in China erhalten haben. Diese Tatsachen sind keine Geheimnisse mehr. Sie sind der ganzen Welt bekannt. Denken sie zum Beispiel daran, dass die palästinensischen Kämpfer und Streitkräfte in Gaza das System des Tunnelkrieges benutzen. Wo wurde dieses System erlernt? Es wurde bei der Ausbildung in China erlernt! ..."

STALIN LEBT!

Zum 20. Todestag von Josef Stalin.

Vor 20 Jahren, am 5. März 1953, starb Josef Wissarionowitsch Stalin. Am Tage seines Todes trauerten Millionen Menschen in der ganzen Welt, veranstalteten hunderttausende Arbeiter Trauermärsche, weinten alte Bauern und kampferprobte Partisanen, legten in Deutschland, in der DDR und auch im Westen, die Werktätigen eine Schweigeminute ein. Stalin war tot und nicht nur das sowjetische Volk trauerte – diese Tatsache kann die imperialistische und revisionistische Lügenpropaganda niemals aus der Welt schaffen.

Kein Kommunist wurde jemals derart von den Kapitalisten, den Imperialisten, den Kriegstreibern gehasst, wie Josef Stalin. Die Propaganda-Maschinerie der internationalen Bourgeoisie, der faschistischen Landsknechte und der bestochenen Arbeiterverräter aller Länder richtete jahrzehntelang ein Trommelfeuer der Lügen und Hetze gegen Josef Stalin. Das hatte seinen Grund.

Josef Stalin, Sohn eines georgischen Bauern, war Mitbegründer der Partei der Bolschewiki. Mit 15 Jahren schloss er sich der SDAPR an, kämpfte an der Seite Lenins unermüdlich gegen den Zarismus, gegen die menschewistischen Verräter für die Befreiung der Völker Russlands vom Joch der Sklaverei. Siebenmal wurde Stalin verhaftet, siebenmal gelang es ihm zu fliehen. So nannten ihn die Arbeiter 'Stalin' – Mann aus Stahl.

Im Jahre 1912 wurde Stalin in das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei gewählt, wo er über 40 Jahre lang der Sache der Revolution diente. An der Spitze des Parteizentrums bereitete er denbewaffneten Aufstand der russischen Arbeiterklasse im Jahre 1917, als Lenin vor den Schergen Kerenskis fliehen musste. Die Oktoberrevolution siegte. Ein neues Zeitalter brach an.

Das erste Land der Arbeiter- und Bauernmacht wurde errichtet. die sozialistische Sowjetunion wurde aufgebaut. **Die Wut der Imperialisten war unbeschreiblich. Sofort stürzten sich die Truppen von 14 imperialistischen Staaten auf die junge Sowjetmacht, um sie zu erwürgen. Aber die Rote Armee, die bewaffneten Arbeiter und Bauern der Sowjetunion, zerschlugen die Hoffnung der Weltbourgeoisie. Sie Sowjetmacht hielt in einem unbeschreibbaren Heldenmut der vielfachen Übermacht stand.**

Stalin war es, der überall hingeschickt wurde, wo die Lage der Roten Armee hoffnungslos schien. Der Schüler und engste Kampfgefährte Lenins wurde auch wegen dieser Verdienste von den Völkern der Sowjetunion geliebt. Sie kannten in ihm einen Mann, der mit Recht von sich sagen konnte:

'Wäre nicht jeder Schritt in meiner Arbeit für den Aufstieg der Arbeiterklasse und für die Festigung des sozialistischen Staates dieser Klasse darauf gerichtet gewesen, die Lage der Arbeiterklasse zu festigen und zu verbessern, so würde ich mein Leben für zwecklos halten.'

Der Angriff der Weltbourgeoisie war zurückgeschlagen. Die Sowjetmacht erstarkte. Während in den kapitalistischen Ländern Arbeitslosigkeit und Hunger grassierten, liefen sowjetische Schiffe im Hafen Hamburgs an, um Getreide für die deutsche Bevölkerung zu löschen.

Die Krise des Kapitalismus vertiefte sich, die Revolution in den kapitalistischen Ländern und in den Kolonien stand vor der Tür. Die Herren der kapitalistischen Welt bereiteten Faschismus und Krieg vor. **Vor allem Krieg gegen das erste sozialistische Land der Welt, Krieg gegen das Vaterland der Werktätigen, die Hoffnung und der Ansporn für die Ausgebeuteten und Unterdrückten auf dem ganzen Erdball.**

Das faschistische Deutschland und Japan wurden vorgeschickt. England, Frankreich und USA versprachen Hitler Flankenschutz, wenn er seine Truppen nur in Richtung Sowjetrussland schicken würde. Hitler hatte auch als erstes Ziel seines Programms die Vernichtung des Bolschewismus, vor allem in der Sowjetunion versprochen. Tagtäglich überschüttete die faschistische Presse das deutsche Volk mit Greuelmärchen über die 'Bolschewistische Tyrannei' in der Sowjetunion. Und immer wieder galt der glühendste Hass der Nazi-Banditen dem Führer des sowjetischen Volkes, Stalin. Dieser 'Untermensch' wagte es, die sowjetischen Völker zu einem engen Kampfbund gegen die drohende Gefahr zusammenzuschweissen, er wagte es, die Arbeiterklasse der Sowjetunion aufzurufen, eine Rüstungsproduktion aus dem Boden zu stampfen, die der materiellen Übermacht des drohenden Aggressors standhalten würde. Und dieser Stalin wagte es, allesFeinde im innern der Sowjetunion, den Söldnern des Faschismus, das Handwerk zu legen. Jene, die heute noch über angebliche Massenerschiessungen in der Sowjetunion reden, sollen sich darüber klar sein, dass die grössten Schlagzeilen und Greuelmärchen darüber aus den Seiten des 'Völkischen Beobachters' stammen. Nein, die Sowjetmacht bereitete den Herren in Berlin, London und in Wallstreet nicht den Gefallen, die Diktatur des Proletariats über die Feinde der Sowjetmacht zu lockern. Die Rote Armee bereitete Roosevelt und Churchill nicht den Gefallen, sich im Krieg gegen Hitlerdeutschland ausbluten zu lassen, um dann von den 'demokratischen' Imperialisten der USA und Englands den Frieden diktiert zu bekommen. Die Rote Armee liess sich nicht ausbluten. Sie hatte den Hitlertruppen das Genick gebrochen, als schliesslich die 2. Front im Westen eröffnet wurde.

Die sozialistische Sowjetunion hielt dem zweiten bewaffneten Angriff des Imperialismus stand. Der grosse Vaterländische Krieg unter Führung des Genossen Stalin befreite die Sowjetunion und viele europäische Völker vom Joch der faschistischen Sklaverei.

Und gegen die imperialistischen 'Siegespläne' der USA und Englands, die Deutschland zerstückeln wollten und ausplündern wollten erklärte Stalin:



Stalin spricht. Fotostudien während einer grundlegenden, 1935 gehaltenen Rede, in der er Mängel offen kritisierte, Erfolge lobte und, immer vorwärtsweisend, zu politischen und wirtschaftlichen Aufgaben Stellung nahm. Stalins in knappe Sätze gefaßte, schlichte und klare Sprache, in der jedes Wort sitzt, jedes Argument überzeugt, ist musterhaft, weil sie Herz und Verstand ergreift, von jedermann verstanden wird.

'Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.'

Im Potsdamer Abkommen verteidigte die Sowjetunion das Lebensrecht und die nationale Einheit des deutschen Volkes, das Recht auf ein unabhängiges und demokratisches Deutschland.

Überall auf der Welt hatten weitere Völker sich von der imperialistischen Herrschaft befreit. Die Umzingelung der Sowjetunion war durchbrochen. Auch in Deutschland machte sich unter Führung der Arbeiterklasse das Volk daran, die Lehren aus dem Faschismus zu ziehen.

Aber das konnten die Imperialisten nicht zulassen. Rücksichtslos spalteten sie Deutschland, errichteten im Westen die Herrschaft der alten Kriegsgewinnler, rüsteten die ''Bundesrepublik Deutschland'' wirtschaftlich, politisch und militärisch auf. Das neuentstandene sozialistische Lager sollte zurückgerollt werden. Und die deutschen Militaristen 'mit ihrer Russlanderfahrung' sollten wieder Vorreiter sein.

Dieser dritte Angriff auf die Sowjetunion konnte nicht so durchgeführt werden, wie es sich Eisenhower, Churchill und Adenauer träumten. Aber dennoch hatte der Imperialismus einen grossen Erfolg.

Stalin hatte das Sowjetvolk im Zusammenhang mit dem Kampf gegen das trotzkistische und revisionistische Gesindel schon 20 Jahre zuvor gewarnt:

'Festungen werden am leichtesten von innen genommen!' Und genau das trat ein. Die Festung der Arbeitermacht, die Diktatur des Proletariats, die keine imperialistische Armee der Welt von aussen nehmen konnte, diese Festung wurde von innen genommen. Die Arbeitermacht in der Sowjetunion wurde gestürzt

In den letzten Jahren vor Stalins Tod war es bürgerlichen Elementen, Revisionisten und Trotzkisten gelungen, immer mehr Positionen im Sowjetstaat und in der KPdSU zu erobern. Sie verbreiteten ihr revisionistisches Gift, um die Festigkeit und Wachsamkeit der Bolschewiki zu zersetzen.

Stalin erkannte die Gefahr. Stalin hatte sich selbst im 50-jährigen Kampf gegen die verschiedensten Schattierungen der bügerlichen Ideologie gestählt, den Leninismus verteidigt und weiterentwickelt. Fast in keiner Schrift seines umfangreichen theoretischen Werkes fehlt die schonungslose Entlarvung des Opportunismus, Revisionismus und Trotzkismus.
Stalin kannte alle bürgerlichen Strömungen, die sich mit dem Gewand des Marxismus–Leninismus tarnten. Noch kruz vor seinem Tod richtete er in seinen zwei Schriften: 'Die ökonomischen Probleme des Sozialismus' und 'Marxismus und Sprachwissenschaft' einen scharfen Angriff gegen die aufkommenden Revisionisten.

Aber die Chruschtschows, Breshnews und Co. hatten bereits weitgehend das Heft in der Hand. Dennoch wagten sie nicht, den im Volk geliebten Stalin anzugreifen. Sie hielten kriecherische Reden, ha telten aber gegen die Lehren Lenins und Stalins.

Als Stalin schliesslich starb, da fiel nicht nur den Imperialisten der Welt ein Stein vom Herzen, sondern auch den Feinden des Sozialismus in der Sowjetunion selbst. Mit dem 20. Parteitag der KPdSU traten sie offen auf den Plan. In einer geifernden Rede beschimpfte Chruschtschow Stalin als 'Lump', 'Banditen' usw. Aber das war das Wenigste.

Die Chruschtschow-Revisionisten griffen jetzt unter dem Deckmantel des 'Kampfes gegen den Personenkult' die Diktatur des Proletariats, die Kommunistische Partei selbst an, die Lehren Lenins und Stalins, die Lehren des 50-jährigen Kampfes der russischen Arbeiterbewegung wurden in den Staub getreten.

Sie warfen Stalin die Förderung eines 'Personenkults' vor, so wie sie heute Mao Tsetung und Enver Hoxha dies vorwerfen. In allen Fällen dienen solche Vorwürfe der neuen und alten Bourgeoisie nur einem: Die Anerkennung und Autorität dieser grossen Marxisten-Leninisten in den Völkern soll untergraben werden, Zweifel am Marxismus-Leninismus an der Kraft der Arbeiterklasse soll gesät werden.

Sie warfen Stalin 'Diktatur' vor und hatten dabei die Abschaffung der Diktatur des Proletariats im Auge. Sie warfen Stalin 'Dogmatismus' vor, um ihren Revisionismus als Marxismus-Leninismus auszugeben. **Die modernen Revisionisten griffen Stalin an und hatten dabei nur ein Ziel vor Augen: Die Zerschlagung der Arbeitermacht in der Sowjetunion.**

Es ist ihnen vorerst geglückt. Befriedigt äussern sich die Imperialisten der ganzen Welt über die 'Überwindung des Stalinismus' in der Sowjetunion und den revisionistisch entarteten 'K'P-s in ihren Ländern. Der Kriegsverbrecher Nixon und sein Komplize Willy Brandt sitzen bei den Kremlzaren heute zu Tisch und verhandeln über die gemeinsame Verschacherung der Völker. Sie preisen sich gegenseitig als 'realisitsch' gewordene Kommunisten und umgekehrt als 'realistisch' gewordene Imperialisten. Sie feiern ihre konterrevolutionären Taten auf den Scherben der zerschlagenen Arbeitermacht der Sowjetunion.

Aber nicht mehr lange. Das Bild Stalins wird heute über die ganze Welt getragen. Die Marxisten-Leninisten, die keinen Zollbreit vor den antisozialistischen Angriffen der Revisionisten zurückgewichen sind, halten das Banner der ruhmreichen Oktoberrevolution, des Aufbaus des ersten sozialistischen Staates der Welt, das Banner des vaterländischen Befreiungskrieges des Sowjetvolkes hoch.

Stalin lebt! Das 40-jährige Trommelfeuer des Antikommunismus hat sein Werk nicht zerstören können. Heute eröffnen die Marxisten-Leninisten in seinem Geiste das Gegenfeuer auf den Revisionistischen Verrat. Gegenüber Stalin kann es nur Parteilichkeit geben, wie es gegenüber dem Antikommunismus nur Parteilichkeit für den Kommunismus geben kann.

Stalin lebt auch weiter auf dem Banner unserer Partei, der KPD/ML. Unsere Aufgabe ist es, die ruhmreichen Taten des Sowjetvolkes unter der Führung des grossen Marxisten-Leninisten, Josef Stalin, hochzuhalten und zu verteidigen. Wir deutschen Kommunisten grüssen an diesem Tag die sowjetische Arbeiterklasse und die Völker der Sowjetunion. Wir sind sicher, dass sie in einem zweiten Oktober die Macht der neuen Zaren zerschlagen werden und das Bild Stalins dorthin stellen, wo es hingehört:
In die Reihe der grossen Führer des Weltproletariats!

Kontaktadresse: